

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,20 Mk. Einzelhefte in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die 3 gepalt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358 15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Brey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prüll, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M., Rathenauplatz 3. Fernsprechanhänge 2 28 41, und 2 28 42.

Was kostete der Ausbau der deutschen Wirtschaft?

In den Jahren 1924 bis 1928 ist die deutsche Produktionswirtschaft in einem Maße ausgebaut worden, wie selten seit Bestehen der kapitalistischen Wirtschaft. Das Institut für Konjunkturforschung hat hierüber umfangreiche Berechnungen angestellt, deren Resultat im letzten Vierteljahreshaft veröffentlicht wird. In den fünf Jahren 1924 bis 1928 hat die deutsche Wirtschaft für den Ausbau ihrer Anlagen rund 26,8 Milliarden Mark und für die Vermehrung der Vorratsbestände rund 12,7 Milliarden Mark aufgewendet. Zu diesen Neuinvestitionen von rund 40 Milliarden Mark treten die Aufwendungen für Erwerbsanlagen, deren Zweck es ist, den vorhandenen Produktions- und Konsumtionsapparat in seinem angenommenen Umfang zu erhalten. In dem erwähnten Zeitraum von fünf Jahren wurden im einzelnen für Neuanlagen investiert (alles in Millionen Mark): Industrie 3663, Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung 2596, Verkehr 4379, Land- und Forstwirtschaft 2402, Handwerk 705, Einzelhandel 628, Großhandel 335, Wohnungswirtschaft 5438, öffentliche Verwaltungswirtschaft 5677, Wohlfahrtswesen und Sozialversicherung 341, sonstige Wirtschaftsgruppen 781, zusammen 26,9 Milliarden Mark. Die Gesamtsumme der Neuinvestition für die Vermehrung der Vorratsbestände wurde fast allein von Industrie (5408), Einzelhandel (4602) und Großhandel (1818) in Anspruch genommen. Auf Handel und Industrie entfallen 93,9 v. H. Für Erhaltung wurde die höchste Aufwendung mit 7,6 Milliarden Mark für die Industrie festgesetzt. In beträchtlichem Abstand folgt die Wohnungswirtschaft mit 5,3 Milliarden Mark, die öffentliche Verwaltungswirtschaft mit 4,8 Milliarden Mark und das Versicherungswesen mit 4,7 Milliarden Mark. Die Landwirtschaft hat an Erhaltungsaufwendungen 2,4 Milliarden Mark aufgewandt. Auf das Gebiet der Elektrizitäts-, Gas- und Wasserversorgung entfallen 1,4 Milliarden Mark.

Es sind also gewaltige Summen, mit deren Hilfe der Produktions- und Konsumtionsapparat der deutschen Wirtschaft ausgebaut wurde. Die Investitionen erfolgten in jedem Jahre nicht gleichmäßig. In Jahren der Hochkonjunktur, z. B. 1925 und 1927, konnte man die Inangriffnahme außerordentlich umfangreicher Investitionen feststellen. Die fortgesetzte Erweiterung des Produktionsmittelapparates führte von Jahr zu Jahr zu einer ständigen Zunahme der Ersparnisse. Die Ersparnisse der Industrie stiegen demgemäß von 1,1 Milliarden 1924 auf 1,8 Milliarden Mark 1928. Bei der Vorratsvermehrung lassen sich die gleichen strukturellen und konjunkturellen Einflüsse erkennen. So erfolgte im Jahre 1924 eine Wiederauffüllung der in der Inflation geräumten Läger. Das gleiche war 1927 und 1928 der Fall. Industrie und Landwirtschaft haben in den Jahren 1924 bis 1928 insgesamt rund 30 Milliarden Mark für Neuinvestitionen, Erhaltungsaufwendungen und Vorratsvermehrungen aufgewendet. Für die drei Arten der Investitionen verteilt sich der Betrag wie folgt: Neuanlagen 7,5, Erhaltungsaufwendungen 10,0 und Vorräte 12,7 Milliarden Mark. Weniger von strukturellen Einflüssen war die Investitionsfähigkeit der öffentlichen Hand beeinflusst. Insgesamt sind von dieser in den fünf Jahren 34 Milliarden Mark aufgewendet, und zwar für Neuanlagen (Kanäle, Straßen usw.) 18 Milliarden und Erhaltungsaufwendungen (Schulen, Krankenhäuser usw.) 16 Milliarden Mark.

Interessant sind die Bemerkungen, die das Konjunkturinstitut über die künftigen Möglichkeiten der Investitionsfähigkeit macht. Bereits im Jahre 1929 und noch mehr im Jahre 1930 sind erhebliche Einschränkungen der Investitionen vorgenommen worden. Im einzelnen wird angenommen, daß für die nächsten Jahre auf allen Gebieten ein erheblich minderer Betrag für Neuinvestitionen, Erhaltungsaufwendungen und Vorratsvermehrung eingestellt wird. So dürfte die Industrie im Jahre 1931 kaum eine nennenswerte Vermehrung der bereits eingeschränkten Investitionsfähigkeit vornehmen. Auch beim Handel ist keine Zunahme der Lagerauffüllung zu erwarten. Die öffentliche Wirtschaft ist gehemmt durch den starken Kapitalmangel und den Rückgang der Steuerbeiträge. Auch die Versorgungswirtschaft (Gas- und Elektrizitätswerke usw.) dürfte Neuanfassungen in größerem Umfang kaum vornehmen. Das gleiche ist bei der Verkehrswirtschaft der Fall. Bei der Wohnungswirtschaft wird die Schrumpfung der Aufträge infolge der Kürzung der Wohnungsbaubehörden der öffentlichen Hand anhalten. Demnach führt die Beobachtung der einzelnen Investitionssträger zu dem Ergebnis, daß für die nächste Zeit auf keinem Gebiete mit einer Belebung der Investitionsfähigkeit zu rechnen ist. In der nächsten Zeit dürften nicht einmal die zum Ausgleich der Abschreibungen erforderlichen Erhaltungsaufwendungen erfüllt werden. Nach Ablauf einer Periode des Stillstands und der fortschreitenden Liquidation könnte sich durch die Aufstauung des Bedarfs eine Wiederbelebung anbahnen. Die Untersuchungen des Konjunkturinstitutes sind für die Entwicklung der deutschen Wirtschaft sowohl in der Vergangenheit als auch in der Zukunft sehr aufschlußreich. Für die zukünftige Gestaltung ergibt sich daraus, daß zuerst eine Wiederbelebung der geschäftlichen Tätigkeit von der Investitionsfähigkeit her zu erwarten ist. Die Konjunkturforschung für 1931

durch Neuinvestitionen, Erstellung von Ersatzanlagen und Vorratsergänzung beeinflusst worden. Diese günstigen Wirkungen zum Auftrieb der Konjunktur sind also vorerst nicht zu erwarten. In den Tiefenjahre für Neuinvestitionen stecken auch die Fehlleistungen von Kapital, die in der Zukunft vermieden werden müssen.

Lohnkürzung kann die Wirtschaft nicht ankurbeln.

Der „Vorwärts“ Nr. 573 vom 7. Dezember 1930 schreibt: In den „Hamburger Nachrichten“ hat Herr Blohm, von der Firma Blohm u. Voß, einen Artikel veröffentlicht, der eine Lohnsenkung und eine Verlängerung der Arbeitszeit zur „Ankurbelung der Wirtschaft“ forderte. Ihm antwortete Herr Erich B. Ledermann, Fabrikbesitzer in Berlin. Die „Hamburger Nachrichten“ lehnten aber die Veröffentlichung der Antwort ab. Wir kommen dem Wunsch des Herrn Ledermann gern nach und veröffentlichen seine Erwiderung. Sie zeigt, daß nicht alle Unternehmer der stupiden Abbaupolizei erliegen.

Herr Rud. Blohm hat sich in der Nummer vom 26. Oktober mit der Frage der Arbeitszeitverkürzung beschäftigt und dabei einen Vorschlag gemacht, der darauf herauskommt, daß die Arbeiter in Zukunft statt 8 wieder 9 Stunden arbeiten

1931

Zum Jahreswechsel die besten Wünsche

Allen

Verbandsmitgliedern, Mitarbeitern, Freunden und Bekannten!

Hauptvorstand und Redaktion

sollen, der Tagesverdienst sich dabei für den Arbeiter um 8 Prozent ermäßigen soll. Er meint, daß auf diesem Wege, da der Lohnanteil in dem Produkt sich schon um 18 Prozent senkt, eine Ankurbelung der Wirtschaft und womöglich eine Einstellung der Arbeitslosen hervorgerufen werden könne.

Wenn man ganz außerhalb der Betrachtung läßt, daß bei der augenblicklichen politischen Situation, in der eine große Mehrheit des Parlaments aus Kommunisten, Sozialisten und Nationalsozialisten besteht, sich niemals eine Mehrheit für Beschlüsse finden würde, die eine Arbeitszeitverlängerung mit gleichzeitiger Lohnkürzung vorschreiben, so ergibt die Prüfung dieses Vorschlages mit dem Rechenstift in der Hand seine völlige Unmöglichkeit.

Gesetzt den Fall, die neunstündige Arbeitszeit würde an einem bestimmten Stichtag eingeführt werden, so könnten doch an den vorhandenen Aufträgen, wenn die Arbeitszeit verlängert wird, nur weniger Leute beschäftigt werden. Es müßte also fürs erste

ein Achtel jeder Belegschaft entlassen werden.

Wenn wir annehmen, daß zur Zeit in Deutschland in der Industrie noch 7½ Millionen Arbeiter tätig sind, heißt das, daß 600 000 an einem Tage weiser auf die Straße fliegen und der Fürsorge zur Last fallen. Der Rest würde dann also 9 Stunden arbeiten.

Der Lohnanteil an jedem Produkt, das in Deutschland hergestellt wird, ist verschieden. Den höchsten Lohnanteil haben wir bei der Kohle. Hier beträgt er 60 Prozent, der geringste Lohnanteil beträgt etwa 5 Prozent. Der Durchschnittsanteil beträgt nach den Mitteilungen des Instituts für Konjunkturforschung in Deutschland 30 Prozent.

Da nach den amtlichen Feststellungen auf rund 7 Arbeiter je ein Angestellter oder Privatbeamter kommt, von dem wir annehmen, daß er um 15 Prozent höher entlohnt wird als ein Arbeiter, was schon hoch gegriffen ist, so würde demnach, falls auch diese länger arbeiten, der Lohnanteil in den allgemeinen Unkosten, der sich ebenfalls verringert, ein Sechstel des Arbeiterlohnteiles betragen.

Was das Rohmaterial und die Halbfabrikate betrifft, so kommen hiervon 25 Prozent aus dem Ausland. Dieser Teil wird also von Lohnänderungen überhaupt nicht berührt.

I. Rohmaterial oder Halbfabrikat	30 Proz. = 30
II. Lohnanteil	30 Proz. = 30
III. Allgemeine Unkosten:	
a) Gehälteranteil	5
b) Sonstige Unkosten	25
IV. Unternehmergewinn	10 Proz. = 10
	100

Bei Durchführung des Blohmschen Planes:

I. Rohmaterial oder Halbfabrikat soll mit 5 Prozent niedriger eingezahlt werden	28,50
II. Lohnanteil 18 Prozent	24,60
III. Allgemeine Unkosten:	
a) Gehälteranteil	4,10
b) Sonstige Unkosten	25,—
IV. Unternehmergewinn 8 Proz. geringer	9,20
	91,40

d. h. also, daß ein Arbeiter, der bei 1 Mk. Stundenlohn für eine Wurst 1 Mk. bezahlen konnte, nunmehr bei 92 Pf. die Stunde für dieselbe Wurst 91 ½ Pf. bezahlen kann.

Wer glaubt im Ernst daran, daß, wenn alles ½ Prozent billiger wird, dafür aber die Anzahl der Arbeitslosen um ein Fünftel zunimmt, die Wirtschaft wieder angekurbelt werden kann?

In dem eigenen Betrieb des Herrn Blohm ist der Lohnanteil naturgemäß viel geringer. Er dürfte etwa zwischen 10 und 15 Prozent liegen. In diesem Falle würde trotz Senkung des Lohnanteils die Ware nicht soviel billiger werden, als der Lohnanteil gesunken ist.

Es ist unverständlich, daß derartige Vorschläge nicht, bevor sie in die Öffentlichkeit gelangen, durchgerechnet werden. Sie fragen sonst nur dazu bei, die Verwirrungen, die aus dieser Frage herrühren, zu vergrößern. Es muß darauf hingewiesen werden, daß

keine Rede davon sein kann, daß unsere Arbeitslosigkeit darauf zurückzuführen ist, weil wir zu hohe Löhne gezahlt haben,

denn im Inlandgeschäft sind unsere Umsätze seit 1924 von Jahr zu Jahr gestiegen, wie nachstehende Tabelle deutlich zeigt, entsprechend den Lohnsteigerungen.

Jahr	Konsum	Lohn	Konsumsteigerung gegen Vorjahr in Proz.	Durchschnittliche Lohnsteigerung gegen Vorjahr in Proz.
1924	Konsum 26 Milliarden	0,60—0,90	—	—
1925	Konsum 31 Milliarden	0,92—1,15	18	12
1926	Konsum 31 Milliarden	1,15	—	—
1927	Konsum 34 Milliarden	1,15—1,26	10	5
1928	Konsum 36 Milliarden	1,28—1,33	3—8	2
1929	Konsum 36 Milliarden	1,33—1,37	0*	1½

Unser Exportgeschäft hat sich dauernd entwickelt. Im Jahre 1929 haben sich auf den Weltmärkten folgende Exportsteigerungen oder Exportverminderungen gezeigt:

Tschechoslowakei	93,8 Millionen
Deutschland	1 206,6 Millionen
Schweden	262,7 Millionen
England	125,0 Millionen
Frankreich	203,5 Millionen

Die Zahlen beweisen, daß unser Geschäft sowohl im Inland als auch im Ausland sich trotz unserer Lohn- und Soziallasten entwickelt hat und daß unsere Arbeitslosigkeit, wie in Amerika, von der Rationalisierung und Mechanisierung der Industrie herrührt.

Nur durch Einführung der Arbeitslosen in den Wirtschaftsprozess kann wieder eine Konsumsteigerung erzielt werden, und diese Einführung ist nur möglich, wenn die Maschinen dazu benutzt werden, wofür sie geschaffen sind, nämlich zur Arbeitserleichterung, zur Verkürzung der Arbeitszeit des einzelnen.

* Auf Beginn der Arbeitslosigkeit zurückzuführen.

Mehrbeschäftigung durch Einführung der 40 Stunden-Woche.

Das Institut für Konjunkturforschung hatte in einer Schätzung die Mehrbeschäftigung, die bei einer Verkürzung der Arbeitswoche auf 40 Stunden eintreten könnte, theoretisch auf 1,5 Millionen berechnet, zugleich aber, hinzugefügt, daß infolge von Reibungsschwierigkeiten, die sich bei der Einstellung von Arbeitslosen infolge Arbeitszeitverkürzung ergeben müßten, die tatsächliche Verringerung der Arbeitslosigkeit erheblich geringer anzusetzen sei, und so mit dieser Einschränkung den Wert der angestellten Berechnung weitgehend in Frage gestellt. So kommt dem in der „Gewerkschaftszeitung“ vom 6. Dezember veröffentlichten Versuch des Kollegen Wopfinsky, dem Statistiker des IOK, durch Einzelberechnung zu tatsächlichen Zahlenangaben zu gelangen, eine besondere Bedeutung zu, deren Wert noch dadurch gesteigert ist, daß Wopfinsky bei seinen Berechnungen außerordentlich vorsichtig zu Werke geht und eher zu niedrig als zu hoch schätzt. Ingesamt rechnet die „Gewerkschaftszeitung“ mit einer Mehrbeschäftigung durch Arbeitszeitverkürzung für 850 000 Personen, und zwar für 750 000 Arbeiter und 150 000 Angestellte. Allein 150 000 Arbeiter könnten durch Beschäftigung der Überstundenarbeit, 500 000 Arbeiter in der

Reichspost durch die unmittelbaren Auswirkungen der 40stündigen Arbeitswoche zusätzliche Beschäftigung finden. Bei den Angestellten, bei denen Überstundenarbeit in einem solchen Umfang üblich ist, wie sie bei den Arbeitern nur als seltene Ausnahme vorkommt, dürfte bereits die Abschaffung der Überstundenarbeit eine fühlbare Entlastung des Arbeitsmarktes bringen, so daß die Mehrbeschäftigung durch Abschaffung der Überstunden und als Auswirkung der Arbeitszeitverkürzung durch die 40-Stunden-Woche mit 100 000 Personen nicht zu hoch veranschlagt sein dürfte. Wichtiger als die wirtschaftlichen Wirkungen der Arbeitszeitverkürzung werden die sozialen Wirkungen sein, um derenwillen die Vorschläge der Gewerkschaften innerhalb der Gesamtbevölkerung die wärmste Unterstützung verlangen dürfen. Allein die Möglichkeit, 850 000 Männern und Frauen Arbeit und Brot zu geben, wird, wie Woytinsky mit Recht hervorhebt, eine solche Verbesserung der Atmosphäre des sozialen Vertrauens bewirken, daß sie in Verbindung mit anderen Maßnahmen von gleicher Wirkung auch als Faktor der wirtschaftlichen Belebung von höchster Bedeutung sein dürfte.

Nationalsozialistische Wirtschaftsrettung bedeutet Dauerinflation.

In den Wirtschaftsplänen der Nationalsozialisten, mit deren Hilfe sie sich eine große Anhängerenschaft zu schaffen vermochten, gehört die zinslose Ausgabe von Geld in zwei Formen: Erstens sollen zinslose Kassenscheine ausgegeben werden, mit denen der Staat seine produktiven Anlagen (Elektrizitätswerke usw.) finanzieren soll, und zweitens sollen von neuzugründenden Banken, den Bau- und Wirtschaftsbanken, zinslose Darlehen für den Wohnungsbau auf Grund neugeschaffenen Geldes, der sogenannten Baumarktscheine, gewährt werden. Im Dezemberheft der Zeitschrift „Die Gesellschaft“ zeigt Dr. Alfred Braunthal die Gefahren eines solchen Planes, dessen Durchführung zu einer Dauerinflation führen müßte. Es ist begreiflich, wenn solche Pläne gern gehört werden, zumal in Zeiten der Krise, die, wie Braunthal sagt, der beste Nährboden des Inflationismus ist. Wie schön wäre es, den Wohnungsbau mit zinslosen Baumarktscheinen zu finanzieren. Das Baugewerbe würde beschäftigt, die Konjunktur angekurbelt, die Mieten könnten sinken und, da das unverzinsliche Baugeld einen Druck auf die Zinssätze im allgemeinen ausüben würde, könnten auch die Zinssätze herabgedrückt werden. Bei näherer Betrachtung zeigt sich jedoch gleich, daß eine solche Lösung zu den schwersten Wirtschaftsschicksalen führen müßte. Braunthal zeigt an einem eindringlichen Beispiel, daß die Zulassung z. B. von drei Milliarden Reichsmark zinslosen Baugeldes den gesamten Geldumlauf (einschließlich des bargeldlosen Verkehrs) um mehr als 18 Prozent erhöhen müßte, und daß folglich die Preise in der Wirtschaft sehr erheblich, sagen wir um zehn Prozent, steigen müßten. Mit der Preislenkung, die zur Vereinigung der Krise erforderlich ist, wäre es vorbei, und auch die Drosselung der Ausfuhr wäre bei einer solchen Preissteigerung unvermeidlich. Jedoch handelt es sich bei den nationalsozialistischen Plänen nicht allein um eine vorübergehende Maßnahme zur Krisenbekämpfung, vielmehr wollen sie den Wohnungsbau dauernd durch zinsloses Baugeld finanzieren. Was aber würde nun die Speisung des Baumarktes mit ständig neuem zinslosen Baugeldern erfordern, die die Preise immer weiter in die Höhe treiben müßten. Damit würden sehr rasch die aus der Inflationsperiode wohlbekannten Erscheinungen auftreten: Flucht aus der Reichsmark in die Sachwerte und Devisen, entsprechende Steigerung der Geschwindigkeit des Geldumlaufs, die noch weitere Preissteigerung auslösen müßte usw. Es erscheint wohl überflüssig, der heutigen Generation die Folgen einer Dauerinflation im einzelnen anzumalen. Die Erinnerung daran ist noch frisch genug.

Die Anziehungskraft des unreifen Gedankens der Schaffung von zinslosem Geld ist auch für Arbeiter und Angestellte in Perioden der Wirtschaftskrise verständlich. Der vom Großkapital bedrängte Mittelstand, dessen Kapitalversorgung vom Großkapital erschwert wurde, würde vielfach sogar eine Dauerinflation begrüßen, da er davon für sich manche günstigen Folgen erwartet, während er die unangünstigen gestillt übersehen. Der gewerbliche Mittelstand will niedrigere Zinsen, hat nichts gegen eine Preissteigerung, da die Löhne, die Steuern und andere Unkosten, die er tragen muß, noch lange unverändert bleiben, während er für seine Waren schon höhere Preise erzielen kann. Ihm liegt an der Aufrechterhaltung des Zusammenhangs mit der Weltwirtschaft nichts, da er an dem Export nur unbedeutend beteiligt ist und zu den Auslandskrediten keinen Zugang hat. Wegen dieser Vorteile der Inflation kann der Mittelstand leicht vergessen, daß letzten Endes auch er durch eine neue Inflation vernichtet werden kann. Nicht einmal ein Abstoppen der Inflation wäre ohne Bewußtsein von einer schweren Wirtschaftskrise begleitet ist. Braunthal will durch seine Ausführungen zeigen, daß die geschübterten Ideen der Nationalsozialisten ausschließlich der Kleinbürgerlichen Ideenwelt entstammen, und daß sie den Wünschen einer Klasse widerspiegeln, der niemals in Erfüllung gehen, niemals zu einer wirklichen Befreiung von dem Druck führen kann, den der Kapitalismus auf den Mittelstand gelagert hat. Welche Kreise der Angestellten und Beamten leisten dem Mittelstand Gefolgschaft, da sie den Weg zur sozialistischen Bewegung noch nicht finden konnten. Je mehr sich aber diese Schichten vom Scheinsozialismus des Mittelstandes lösen und dem echten Sozialismus zustreben werden, desto rascher wird die Erkenntnis wachsen, daß ein erfolgreicher Kampf gegen das Kapital nur von der Arbeiterschaft und von dieser nur mit der sozialistischen Betätigung geführt werden kann.

Verdächtige Anordnung zur Preislenkung

Die Preislenkungsaktion der Reichsregierung, ihre Möglichkeiten und Aussehen bilden allerorts des Tagesgespräch. Und überall erhofft man, wenn auch mit fahrigem Zweifel, davon einen recht bald in die Erscheinung tretenden Erfolg. Wie aber, wenn sich dieser Erfolg nicht sofort in konkreten Zahlen äußert oder diese Zahlen gar das Gegenteil beweisen?

Dagegen hat die bayrische Regierung ein praktisches Rezept erfunden. Sie verbietet einfach die Veröffentlichung solcher Zahlen. In Ludwigshafen ist nämlich nach Ermittlungen des dortigen Statistischen Amtes der Lebenshaltungsindezes in den letzten Wochen um 1,4 Prozent und in der Gruppe Ernährung sogar um 1,6 Prozent in die Höhe gegangen. Das ist ein recht peinliches Ergebnis der Preislenkungsaktion. Und wenn das so weiter geht, könnte der naive Glaube des Volkes an die Allmacht der Reichsregierung verloren gehen. Deshalb darf über das Thema „Preislenkung“ in Ludwigshafen in Zukunft nicht mehr geredet werden. Das Statistische Amt dafelbst ist von der bayrischen Regierung angewiesen worden, die Indexziffer in Zukunft nicht mehr zu veröffentlichen.

Das ist freilich angenehmer und dazu auch viel bequemer!

Arbeiterverrat

Ist es zweifellos, wenn die KPD. in Gemeinschaft mit der RGO. versucht, die bestehenden Gewerkschaften zu zerschlagen. Jeder Esel weiß, daß eine zerrissene Kampfzfront

der

Gegenseite, also in diesem Falle dem Unternehmertum, zugute kommt. Der Gegner müßte fürchterlich dumm sein, wenn er eine so günstige Gelegenheit nicht für sich nutzbar machen würde. Wenn die

KPD.

das noch nicht begriffen hat, dann ist sie wirklich so dumm, daß sie als Führung der Arbeiterschaft nicht in Frage kommen kann. Hat sie es aber begriffen,

und

spaltet trotzdem die Gewerkschaften, dann handelt sie bewußt im Interesse des Unternehmertums, und das ist Verrat. Selbst die Tiere in der Freiheit wissen, daß sie in Rudeln einen Kampf leichter bestehen als getrennt. Trotzdem, die Leitung

der

KPD. weiß das noch nicht. Wer also seine eigenen Interessen, die in diesem Falle mit den Interessen der gesamten Arbeiterschaft zusammenfallen, mit Füßen treten will, nur der wird Mitglied in der kommunistischen

RGO.

RGO.-Mann baut Löhne ab.

Am 30. November 1930 fand in Jhehoe eine Unterbezirkskonferenz der RGO. statt. Der 1. Punkt der Tagesordnung lautete: „Das Kampfprogramm der RGO. gegen Unternehmeroffensive und Gewerkschaftsbürokratie!“

Auch unser früherer Kollege Wölfel (Wülckstadt) nahm an der Konferenz teil und führte folgendes aus: „Bei der Firma Lemming ist eine 15- bis 20prozentige Akkordherabsetzung vorgesehen. Die Maschinenführer sollen nur noch 98 Pfennig die Stunde bekommen, den Hofarbeitern sollen ebenfalls 20 Prozent vom Hungerlohn gestohlen werden. Die Gewerkschaftsbürokraten tun nichts anderes wie handhaben mit dem Unternehmer zum Schaden der Arbeiter. Die RGO. überzeugt auch in diesem Betrieb immer mehr die Arbeiter von der Notwendigkeit des Zusammenschlusses in der RGO.“

Zu den Ausführungen von Wölfel muß folgendes festgestellt werden: Die Verhandlungen über den Lohnabbau bei der Firma Lemming fanden am 22. November 1930 im Büro der Firma in Wülckstadt statt. Hieran haben teilgenommen: der Betriebsratsvorsitzende Wölfel und der Vertreter der Hofarbeiter Wölfel. Diese beiden haben irgendwelche Vorschläge überhaupt nicht gemacht.

Vom Vertreter des Verbandes, Gauleiter Hilpmann (Hamburg), wurde die Forderung des Arbeitgeber auf Lohnabbau glatt abgelehnt, mit der Begründung, daß zunächst die Firma verpflichtet sei, die vielen Überstunden abzubauen. Außerdem müßte die Arbeit der Hofarbeiter erleichtert bzw. besser geregelt werden. Eine Verständigung war also auf Grund der Ablehnung durch den Betriebsratsvertreter nicht möglich.

Der Arbeitgeber hat hierauf das Bezirksamt der gemischten Industrie angerufen. Dieses tagte am 3. Dezember 1930 in Hamburg. Als Vertreter der Arbeiter waren erschienen die beiden Wölfel. Der Vorsitzende des Bezirksamtes empfahl zunächst den Versuch einer Einigung zwischen den Parteien. Das ist dann auch gelungen. Die beiden Wölfel haben den Abbau mit dem Vertreter der Firma und dem Vertreter des Arbeitgeberverbandes, Rabanus, beschlossen. Die Einigung brachte größere Abzüge, als wir zweifellos als Bezirksamt einschlichtungsamt festgelegt hätten.

Während die Parteien unter sich verhandelten, versuchte auch das Bezirksamt, zu Vorschlägen zu kommen. Diese wären zweifellos für die Arbeiter - vor allen Dingen für die Hofarbeiter - günstiger ausgefallen als der Vergleich zwischen den Parteien. Hier ist also einwandfrei bewiesen, wer den Kuhhandel betrieb hat: die RGO.-Männer.

Da die Konferenz am 30. November stattfand, die Verhandlungen bei der Firma aber am 22. November, ist bewiesen, daß Wölfel auf dieser Konferenz die direkte Unwahrheit vortragen hat. Otto Hilpmann.

10. Ausschusssitzung des ADBS.

Am Sonntag, dem 14. Dezember, trat der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Gebäude des Reichswirtschaftsrates zu seiner 10. Sitzung zusammen. An der Tagung nahmen auch die Bezirkssekretäre und die Redakteure der Gewerkschaftspresse teil.

Bevor er in die eigentliche Tagesordnung eintrat, wies Leipart auf das in der vergangenen Woche erlassene Verbot des Remarque-Films „Im Westen nichts Neues“ hin. Er halte es für notwendig, daß der Bundesausschuss gegen dieses Verbot entschiedenen Protest einlege.

Dann erstattete er Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes seit der letzten Ausschusssitzung. Die Arbeitstätigkeit ist seit der letzten Tagung unangenehm angewachsen. Das zwingt die Gewerkschaften, erneut zu der Lage Stellung zu nehmen. Der

Bundesvorstand hat sich in den letzten Wochen ständig mit diesem großen Fragenkomplex beschäftigt. Zunächst sollen aber einige Fragen, mit denen der Vorstand sich befaßt habe, vorweg erörtert werden.

Ein Ortsausschuß hat sich an den Bundesvorstand mit der Anregung gewandt, den Umfang der Gewerkschaftspresse vorübergehend einzuschränken und statt dessen eine verstärkte Agitation durch Flugblätter zu betreiben. Der Bundesvorstand hält diese Anregung für beachtlich. Er will selbst Flugblätter herausbringen, in denen er zu den allgemeinen Fragen Stellung nimmt. Er empfiehlt den Verbänden, die besonderen Fragen ihres Tätigkeitsbereichs in der gleichen Weise zu behandeln. Auch die Bezirkssekretäre und die Ortsausschüsse sollten sich diesem Vorgehen anschließen.

In Schlesien hat der Bezirkssekretär die Vertreter der Gesellenausschüsse zu einer Konferenz zusammengerufen. Auch in anderen Bezirken sollten diese Konferenzen abgehalten werden. Die Verbände müßten sich an der Ausbringung der Mittel beteiligen.

Eine Anregung, der Notgemeinschaft deutscher Wissenschaft als korporatives Mitglied beizutreten, hat der Bundesvorstand aus finanziellen Gründen ablehnen müssen. Dagegen werden die Gewerkschaften die von der Notgemeinschaft deutscher Wissenschaft eingeleitete Untersuchung über das Erubenungsglück in Alsdorf und die Verhütung ähnlicher Katastrophen unterstützen.

Im weiferen Verlauf seiner Ausführungen sprach Leipart über die wirtschaftliche Notlage der deutschen Studenten, für die in weit geringerem Maße als bisher Stipendien zur Verfügung gestellt werden könnten. Er halte es daher für zweckmäßig, daß einer Anregung, die von sozialistischen Hochschullehrern ausgegangen sei, stattgegeben werde. Der Vorschlag gehe dahin, daß die Gewerkschaften selbst bestimmte wissenschaftliche Arbeiten auftragen sollten, für die zunächst zwei Preise von je 2000 Mark auszuweisen seien, und zwar geteilt in je drei Preise von 1000, 800 und 400 Mark.

Für das Arbeitersekretariat in Neurode hat der Bundesvorstand 1000 Mark bewilligt.

Der Vorstand hat sich in der letzten Zeit mit dem Plan beschäftigt, eine Konferenz einzuberufen, zu der die Sachbearbeiter der Verbände für Betriebsrätefragen, die Bezirkssekretäre und die Vertreter der größeren Ortsausschüsse geladen werden sollen, außerdem eine größere Anzahl von Betriebsräten, um über Betriebsrätefragen zu beraten.

Von Seiten des Jugendsekretariats wird berichtet, daß vom Reichsausschuß der Deutschen Jugendverbände, dem wir angehören, eine Reihe gesetzgeberischer Maßnahmen zur Erweiterung des Jugendschutzes vorgeschlagen werden, die eigentlich ihre Regelung im Arbeitsschutzgesetz finden würden. Es sei aber vielleicht zweckmäßig, diese Fragen vorweg einer Lösung entgegenzuführen. Die Vorschläge sind in Vorbereitung.

Im Zusammenhang mit der Preislenkungsaktion ist die Forderung nach Aufhebung des Nachbaderbotes erhoben worden. Der Bundesvorstand hat es aus verschiedenen Gründen abgelehnt, seinerseits diese Aufhebung zu befürworten; vor allem aus dem Grunde, weil sie vermuthlich zu neuen Entlassungen führen würde. Das widerspräche der von den Gewerkschaften befolgten Politik. Der Zentralverband Deutscher Konsumvereine ist dagegen entschlossen, die Aufhebung des Nachbaderbotes für Großbetriebe nachdrücklich zu betreiben.

Dann berichtete Leipart kurz über den Internationalen Gewerkschaftsbund. Es ist bereits bekannt, daß als Nachfolger Cassenbachs der Genosse Schevenels zum Generalsekretär des IGB. gewählt worden ist. In der letzten Sitzung des Vorstandes des IGB. wurde zum Intersekretär der von der Landeszentrale der Tschechoslowakei vorgeschlagene Kandidat Stolz gewählt.

Ein gemeinsamer Ausschuss zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, in dem die Sozialistische Arbeiterinternationale und der Internationale Gewerkschaftsbund vertreten sind, bereitet eine größere Zeitschrift für dieser wichtigen Frage vor. Er wird seine Arbeiten im Januar auf einer neuen Tagung in Zürich fortsetzen.

In der Debatte, die sich an die Mitteilungen des Bundesvorstandes schloß, wurde die Auffassung vertreten, daß Betriebsrätekonferenzen zweckmäßigerweise von den Verbänden einberufen werden sollten. Dagegen sei eine Konferenz der Sachbearbeiter der Verbände sehr zu begrüßen. Husemann (Bergarbeiter-Verband) hielt es vor allem für wichtig, die Amtszeit der Betriebsräte zu verlängern, die Wahlperiode auf 3 bis 4 Jahre festzusetzen. Demgegenüber wurde von Bernhard (Baugewerksbund) betont, daß die Verlängerung der Amtszeit der Betriebsräte für bestimmte Industrien, wie z. B. das Baugewerbe, nicht von erheblicher Bedeutung sei. Im Baugewerbe werde ein Betriebsrat selten länger als einen Sommer im Amt bleiben. Die heute bestehende Regelung habe den großen Vorteil, daß jährlich Tausende von Arbeitern in dieses überaus wichtige Aufgabengebiet eingeführt werden können. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß die Nationalsozialisten, ebenso wie bisher die Kommunisten, versuchen, Betriebszellen aufzuziehen. Gegenüber der Gefahr, gewerkschaftsfremde Grundzüge in die Bewegung einzuführen, sind die Betriebsräte das wichtigste Widerstandszentrum. Die Gewerkschaften müssen sich daher besonders bemühen, die Betriebsräte gründlich zu schulen. Die Betriebsräte müßten in größerem Umfang mit Material zur Unterfertigung ihrer sachlichen Arbeit versehen werden. Wenn es gelingt, die Abwehr unserer Mitglieder und Funktionäre gegen jede Zellenbildung in der Organisation zu stärken, werden alle gewerkschaftsfeindlichen Strömungen sehr bald den letzten Rest ihrer Bedeutung verlieren. Endlich wurde auch in der Aussprache darauf hingewiesen, daß der Zweck einer Betriebsrätekonferenz vielleicht nicht erreicht werden könne, wenn die Zahl der Teilnehmer zu stark beschränkt würde.

Zu der Frage des Nachbaderbotes wurde ausgeführt, daß es ein Irrtum sei, von seiner Aufhebung eine Herabsetzung des Brotpreises zu erwarten. Die Herstellung von Brot in der Nach würde sich verteuern, da die Bäckereiarbeiter ebenso wie alle anderen Arbeiter Nacharbeit nur gegen Lohnzuschläge leisten würden.

Wenn der Jugendschuß aus dem Arbeitsschutzgesetz herausgenommen und vorordentlich behandelt würde, bestände die Gefahr, daß andere wichtige Fragen, die für die Verbände von nicht geringem Interesse sind und gleichfalls durch das noch ausstehende Gesetz geregelt werden sollen, weiterhin verschoben werden.

Eine Reihe von Verbandsvertretern erklärten, daß eine generelle Einschränkung des Umfangs der Gewerkschaftssitzungen nicht in Frage komme, insbesondere Brandes (Metallarbeiter-Verband) und Brey (Fabrikarbeiter-Verband) hielten sich nicht für empfehlenswert. Dagegen waren alle damit einverstanden, eine intensivere Agitation durch Flugblätter zu betreiben, die um so wirkungsvoller sein würde, wenn sie sich aus ganz bestimmten Situationen ergäbe, sich mit falschen Behauptungen und Einstellungen der Gegner auseinandersetze usw.

Einer der Redner wandte sich gegen die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die die von den Kommunisten vorgeschlagene Winterbeihilfe für die Erwerbslosen im Betrage von 400 Millionen abgelehnt habe. Dem wurde entgegengehalten, daß die Sozialdemokratie gegen die von den Kommunisten beantragte Nothilfe stimmen mußte, weil es sich um einen bloßen Agitationsantrag gehandelt habe. Die Antragsteller hätten sich so gut wie jeder andere, der die Finanzlage des Reiches kenne, darüber klar sein müssen, daß diese 400 Millionen gar nicht aufgebracht werden können. Die Staatsentnahmen gingen zurück, während die Staatsausgaben wuchsen. Wenn die Sozialdemokratie sich für diesen Antrag erklärt hätte, so hätte sie höchstens die Regierung zwingen gekürzt.

Thomas (Nachbader-Verband) wandte sich gegen die Aussetzung von Preisen für wissenschaftliche Arbeiten von Studenten, solange die Verhältnisse an den deutschen Universitäten so seien, wie die Vorfälle in Berlin und in Königsberg bewiesen. Man müsse an die Universitäten herantreten, um weltanschauliche Auseinandersetzungen zu verlangen. Demgegenüber wurde von anderen Ver-

bandsvertretern betont, daß es nur nützlich sein könne, wenn die Studierenden sich mehr mit der Arbeiterbewegung beschäftigen würden, statt über sie zu urteilen, ohne sie zu kennen.

In der Aussprache kam wiederholt zum Ausdruck, daß die Gewerkschaften sich mit aller Entschiedenheit für den Ausbau des Reichsbanners zu einer wirksamen Schutzorganisation der Arbeiterschaft und des republikanischen Staates einsetzen müßten.

Alle Verbandsvertreter waren der einmütigen Auffassung, daß es nicht genüge, gegen das Verbot des Remarque-Films zu protestieren; es müsse vielmehr mit aller Entschiedenheit die Aufhebung dieses Verbots gefordert werden.

Am Schluß der Aussprache wies Leipart darauf hin, daß die Verbandsvorstände dem Bundesvorstand ihre Stellungnahme zu dem Plan einer Betriebsrätekonferenz mitteilen sollten. Der Bundesvorstand werde dann entsprechend dieser Stellungnahme seinen Plan weiter verfolgen.

Eine vom Bundesvorstand vorgelegte Entschließung für die Aufhebung des Verbots des Remarque-Films wurde vom Bundesvorstand einstimmig angenommen. Sie hat folgenden Wortlaut:

Der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes spricht seine Empörung aus über das Verbot des Remarque-Films. Er protestiert entschieden gegen dieses Verbot, das von dem alten militärischen Geist diktiert ist, keineswegs aber von dem Geist der Männer, die an der Front kämpften. Er protestiert gegen das Wiederaufleben der Methoden des Obrigkeitstaates, die Freiheit der eigenen Urteilsbildung zu verhindern. Demgegenüber betont der Bundesausschuß erneut den entschlossenen Willen der organisierten Arbeiterschaft zur Sicherung des Friedens und der demokratischen Volksrechte. Die Gewerkschaften fordern deshalb, daß das Verbot des Filmes aufgehoben wird.

Wirtschaftliches.

Die Dividenden bleiben von der Wirtschaftskrise verschont.

Daß auch dieses Mal der Kapitalismus es verstanden hat, die Opfer der Krise den wirtschaftlich Schwachen, den Arbeitern und Konsumenten, aufzubürden, zeigen die Dividendenergebnisse der deutschen Aktiengesellschaften. Nach den Angaben einer Veröffentlichung der Reichskreditgesellschaft über die Bewertung deutscher Aktiengesellschaften haben auch im Krisenjahr 1930 der größte Teil der untersuchten Unternehmungen die Dividendenhöhe des Vorjahres und damit in der Regel der Jahre seit 1925 nicht nur gehalten, sondern in vielen Fällen noch überschritten. Die Bank für Brauereindustrie konnte wieder 11 Prozent Dividende ausschütten, der Zubiagkonzern (Braunkohle) wiederum 10 Prozent, die Eisenbahn-Verkehrsmittel-WG. sogar 15 Prozent gegenüber 12 Prozent im Vorjahr, der Karstadt-Konzern 12 Prozent, der Leonhard-Tieg-Warenhauskonzern 10 Prozent, die Rheinische Braunkohlen-WG. 10 Prozent, die Schultheiß-Pagenhofer Brauerei 15 Prozent usw. Da gegenüber dem Vorjahr die Aktienkurse fast sämtlicher Unternehmungen teilweise sogar recht erheblich gesunken sind, stellt die gleichbleibende oder gestiegene Dividendenhöhe ein überaus starkes Ansteigen des Ertragswertes der Aktien dar.

Neuerwerbungen des schwedischen Finanzkönigs.

Joar Kreuger, der schwedische Finanzkönig, der durch seine Finanzierungs-gesellschaft Kreuger u. Toll drei Weltkräfte: Zündholz, Erzbergbau und Kugellagerfabrikation beherrscht, und der neuerdings in die Schwachstrom- und Zelluloseindustrien eingedrungen ist, konnte seine Industriebherrschaft in letzter Zeit weiter ausdehnen. Der von ihm beherrschte schwedische Zündholztruff hat das staatliche Monopol in neun europäischen und drei südamerikanischen Ländern und außerdem eine monopolähnliche Stellung in Deutschland. Ihm gelang es kürzlich, das polnische Zündholzmonopol, das ihm zunächst nur für sieben Jahre gewährt wurde, gegen Herausgabe einer Anleihe von 130 Millionen Mk. auf zwanzig Jahre zu verlängern und in zwei weiteren Ländern, in der Türkei und in Litauen (ebenfalls als Entgelt für Gewährung von Anleihen), das Zündholzmonopol neu zu erwerben. Er ist jetzt im Begriff, in Nordschweden die Produktion von Gold aufzunehmen. Wie aus einer jüngsten amerikanischen Veröffentlichung hervorgeht, beherrscht Kreuger 150 bis 160 Zündholzfabriken in 35 Ländern, die 60 000 Arbeiter beschäftigen. Die Anlagen seiner Gesellschaft haben sich in sechs Jahren verfünffacht und verkörpern heute einen Wert von 630 Millionen Dollar.

Ford in England.

Der Bau der großen Automobilfabrik von Ford in Dagenham (England) steht vor seiner Vollendung. Eine große Anlage wurde da errichtet, die eine große Leistungsfähigkeit,

200 000 Wagen im Jahr, besitzt. Gegenüber den amerikanischen Anlagen Fords in Detroit mit einer Leistungsfähigkeit von zwei Millionen Wagen im Jahr ist freilich die englische Anlage nicht allzu groß. Sie wird die Aufgabe haben, außer England einen Teil des europäischen Kontinents mit Ausnahme von Sowjet-Rußland, Vorderasien, Palästina, Syrien und Arabien, Irak, Persien, Afghanistan, Ägypten und einige andere Teile Afrikas und einen Teil der Türkei zu beliefern. Die Ford-Anlagen in Detroit versorgen neben dem gewaltigen Absatzmarkt der Vereinigten Staaten Südamerika, China, Japan und Rußland. Die Anlagen Fords in Kanada, die im letzten Jahr 87 769 Wagen herstellten, beliefern Australien, Südafrika und Indien. In diesen Ländern genießen nämlich die in Kanada hergestellten Automobile eine Vorzugsbeziehung, weshalb die amerikanischen Autofabrikanten einen Teil ihrer Produktion zur Belieferung der Dominionen nach Kanada verlegten. Es wird nun angenommen, daß der Fabrik in Dagenham ein Teil dieser Lieferungen übertragen wird. Die englischen Fabriken Fords, die mit der Eröffnung der neuen Fabrik stillgelegt werden, haben bisher 100 000 Wagen im Jahr abgesetzt. Diese Zahl soll auf das Doppelte erhöht werden. Der Durchschnittspreis eines Fordwagens beträgt in England zur Zeit 4000 Mk. Es wird aber angenommen, daß dieser Preis bis auf 2500 Mk. allmählich herabgesetzt wird. Vergrößerung des Absatzes, verbilligte Rohstoffbeschaffung und große Ersparnisse an Frachtkosten dürften eine starke Ermäßigung der Preise für die Fordwagen ermöglichen.

Direktoren

und Unterdirektoren sind in der Industrie so zahlreich wie Sand am Meer. Viele ehemalige Offiziere, die wenig gelernt haben, sind untergebracht, denn sie müssen doch eine leitende Stelle haben. Sie arbeiten nicht nach dem Bedarfsystem

und

nicht in Akkord, und sie leben doch, ohne daß sie geistig oder körperlich Schwielen bekommen. Weil sie auf nichts verzichten wollen, deshalb werden die Löhne abgebaut, deshalb werden die im Betriebe stehenden Arbeiter zu Tode geheßt. Die Industrie-Löwen „arbeiten“ außerdem als

Aufsichtsräte

eine Tüchtigkeit, bei der man in 40, 50 bis 100 Gesellschaften sitzt, höchstens dreimal im Jahre zusammenkommt, um sich guten Tag zu sagen und sich zu freuen, daß es einem gut geht. Diese Herren Aufsichtsräte, die nichts zu beaufsichtigen brauchen, weil das der vereidigte amtliche Revisor viel besser kann,

fressen

uns, bildlich gesprochen, auf; das heißt, sie stecken ein, was man der Arbeiterschaft entreißt. Die Zahl derer, die ein Jahreseinkommen von ¼ Millionen Mark haben, ist nicht gering. Viele haben noch mehr. Die Wirtschaft muß zusammenbrechen, sagt man

uns

aber nicht wegen der gefräßigen Direktoren und Aufsichtsräte, nein, wegen der hohen Löhne, womit sich die Arbeiter sogar noch Butter aus Brot leisten, und wegen der Schwelgerei der Arbeitslosen, die in ihrem Übermut nicht wissen, was sie essen und trinken sollen. Nur so weiter, ihr Herren, der Skandal hört auch einmal

auf.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung.

50 neue Unfallverhütungsbilder!

Beim Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften, Berlin W 9, besteht eine Unfallverhütungsbild-G. m. b. H., die ehrenamtlich geleitet auf gemeinnütziger Grundlage die Aufgabe hat, durch Einwirkung auf den Arbeiter sein eigenes Verantwortungsbewußtsein den Unfall-

gefahren des täglichen Arbeitslebens gegenüber zu wecken. Während die beim gleichen Verband arbeitende Zentralstelle für Unfallverhütung „technische Unfallverhütung“ betreibt, indem durch Verbesserungen der Maschinen die Unfallgefahren nach Möglichkeit ausgeschaltet werden, wird durch die Unfallverhütungsbild-G. m. b. H. „psychologische Unfallverhütung“ erstrebt. — Das Plakat ist eines der wichtigsten Mittel dieser an die Einsicht und Mitarbeit des Menschen gerichteten Unfallbekämpfung. Seine Erfolge sind nachweisbar groß und werden von den im Arbeitsleben stehenden Praktikern immer aufs neue bestätigt.

Soeben ist beim Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften wieder eine neue Serie von etwa 50 derartigen Unfallverhütungsbildern erschienen. In verkleinerten Wiedergaben sind diese neuen Plakate handlich zusammengestellt. (3. Nachtrag zur Unfallverhütung durch das Bild, Preis 0,25 Mk.) Damit erhöht sich jetzt die Zahl der bei den Berufsgenossenschaften zur Verfügung stehenden Unfallverhütungsbilder auf annähernd 400, so daß es wohl keinen Gewerbebetrieb gibt, dessen spezielle Gefahren nicht mit eindringlichen Warnungsplakaten berücksichtigt sind. Darüber hinaus gibt es eine große Zahl von allgemeinen Warnungsplakaten, die für alle gewerblichen Betriebe, ja sogar z. T. auch für Privathäuser, öffentliche Gebäude, Schulen und dergleichen, verwendbar sind.

Die Unfallverhütungsbilder tun aber ihre Schuldigkeit nur, wenn sie auffällig an gut sichtbaren Stellen ausgehängt und von Zeit zu Zeit, mindestens alle 14 Tage, ausgewechselt werden. Auf diese Weise wird immer wieder die Aufmerksamkeit geweckt, die Gedanken auf Unfallgefahren und Unfälle neu hingelenkt und Unterhaltungen über den Inhalt der Bilder angeregt, jedenfalls das Gefühl für die Notwendigkeit zweckdienlicher Unfallverhütungsmaßnahmen wachgehalten. Insbesondere die kleinen und kleinsten Gewerbebetriebe, die im Gegensatz zu den großen Betrieben die Unfallverhütung noch vielfach recht fleißmütterlich behandeln, sollten diese einfache und billige Möglichkeit stärker als bisher ausnutzen, um Unfälle und damit Ausfälle in ihrer Produktion, Zeitverluste, Scherereien und Ärger zu verhüten, sowie vor allem ihre Arbeitnehmer vor Schmerzen, Verstümmelungen, Tod und allen wirtschaftlichen Nachteilen erlittener Unfälle zu schützen.

Frauenfragen.

Pünktlichkeit in der Kindererziehung.

Eine Frau kann ihr Kind mit Erfolg großziehen, wenn sie methodisch vorgeht.

Die Hauptsache bei der Methode ist, daß die Mahlzeiten unbedingt pünktlich dem Kinde gereicht werden. Dann muß das Kind regelmäßig um die gleiche Zeit zu Bett gebracht werden, jeden Morgen zur selben Zeit aufstehen, sein Frühstück in Ruhe verzehren und zur Schule geschickt werden, so zeitig, daß es nicht rennen muß.

Das Resultat wird sein, daß die Kinder eine gute Verdauung haben, schon allein deswegen, weil sie in regelmäßigen Zwischenräumen ihr Essen bekommen, und sie werden sich in einem guten Gesundheitszustand befinden, schon weil sie einen ausgiebigen Schlaf jede Nacht haben.

Die moderne Mutter ist geneigt, den Fehler zu machen, daß sie sich zu klug dünkt. Sie weiß alles über den Gehalt des Essens, und sie kann dir sagen, wie man aus einem zarten, weichen Kinde beinahe einen Meisterläufer macht.

All dieses Wissen ist Verschwendung, weil sie nicht die wichtigste Regel beachtet: pünktliches Essen in regelmäßigen Zwischenräumen.

Zum Beispiel hängt das Gedeihen des Säuglings gänzlich von der regelmäßigen Nahrungszufuhr ab. Wenn eine Mutter ihr Kind selbst nährt, kann sie seine Verdauung gänzlich zugrunde richten durch Unregelmäßigkeit und mangelnde Aufmerksamkeit.

Wenn bei künstlich ernährten Babys diese nicht so gedeihen, so ist es Pflicht der Mutter, sich Rat bei einem Arzt zu holen und dessen Anordnungen sorgfältig und genau zu befolgen.

Eine Mutter, die ihr Kind in seinen ersten Lebensmonaten nicht selbst nähren kann, sollte stets einen Arzt aufsuchen und sich Ratshläge über die richtige Ernährung geben lassen. Die richtige Ernährung eines zarten Babys entscheidet oft über Leben und Tod, und der letztere kann oft durch den kleinsten Fehler herbeigeführt werden.

Jedes kleine Kind braucht viel frische Luft und Licht, eine große Menge Milch und grünes Gemüse, ebenso viel frisches Obst und reichlich Schlaf.

Frische Luft und Licht sind für Kinder mindestens ebenso wichtig wie die richtige Ernährungsweise. Kleine Kinder benötigen zwölf Stunden Schlaf. Man soll sie frühzeitig baden, ihnen ihr Abendbrot geben und dafür sorgen, daß sie spätestens um halb sieben im Bett liegen. Gewöhnlich legt man das Kind um halb sieben schlafen und erlaubt ihm morgens zwischen sieben und halb acht Uhr aufzustehen.

KPD. = Urteil eines Mütterleins.

Vorm Arbeitsamt:
Einzelne KPD.-Leute geben sich dort aus als Allerweltsgeheite. Von ihnen wird rundweg alles verdammt. — Einer besonders, dem das lange Haar (was das einzig Bemerkenswerte an ihm war) um die Stirne spielte wie ein „Glorienschein“, wollte der beste Kenner der Weltwirtschaft sein. Er strich mit der wenig nur in Arbeit gewesenen Hand sich übers Haupt. Keiner der Umstehenden glaubt darin zu ahnen etwas von rechtem Verstand.

Und der Mund erst — reine Wortmaschinerie — fahelt und flunkert und läßt wie noch nie. ... Die das hören, drücken sich langsam beiseit. „Ach es ist derselbe, der immer so schreit!“ sagt im Vorbeigehen ein Mütterlein: „Der müßte meiner sein! Dem würd' ich das blöde Schwadronieren schnell ausbaldowieren!“ Sagt's und geht dann flugs von dem Orte. „Menschen gibt's heut“, meint sie, „seltsame Sorte —“

Dem Gedächtnis Karl Legiens.

Unvergesslich lebt Legiens Name und Werk im Abwehr- und Aufbaukampf der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Es hieße die Geschichte dieser Bewegung schreiben, wollte man die eindrucksvolle persönliche Entwicklung Legiens noch einmal in das Gedächtnis der zeitgenössischen Generation zurückrufen. Von Theodor Leipart, seinem Amtsnachfolger und derzeitigen Vorsitzenden des ADGB, ist das in Form eines schönen Gedenkbuches Verlags-gesellschaft des ADGB, Berlin) angenommen worden, das in den Besitz aller unserer Verbandskollegen und -kollegen gelangen sollte.

Das besondere Verdienst Karl Legiens (geb. am 1. Dezember 1861) ist es, der deutschen Gewerkschaftsbewegung nach dem Sozialistengesetz die Wege der organisatorischen und geistigen Entfaltung gewiesen zu haben. Ungewöhnliche Redegewandtheit, Sachlichkeit und Siderheit im Auftreten befähigten ihn zur Führung seines lokalen Fachvereins (der Drechsler), der zentralen Vereinigung der Drechsler Deutschlands, der Generalkommission der Gewerkschaften (dem späteren Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund) und des Internationalen Sekretariats, dessen erster Sekretär und Präsident er bis zur Stürzung nach Amsterdam gewesen war. Allen diesen Körperschaften widmete er seine ganze Kraft, seine beispiellose Energie, sein Können, seine Uneigennützigkeit. Als sozialdemokratischer Abgeordneter, der er, vom Kieler Wahlkreis gewählt, von 1893 mit einer fünfjährigen Unterbrechung bis zu seinem Tode war, hat er sich vor allem die Vertretung der Interessen der Arbeiter der vormals kaiserlichen Werften zur Aufgabe gemacht. Alljährlich nahm er zur Beratung des Marineestaats das Wort, um in sachlicher Bescheidenheit gegen die unwürdige Behandlung, gegen Maßregelung und Verweigerung des freien Koalitionsrechts zu protestieren. Schwere Verantwortung, die er stets arbeitsfreudig übernahm, lag vor allem während des unglückseligen Krieges auf seinen Schultern. Auf die Tragik der internationalen Nachfolger der Gewerkschaften bei Kriegsausbruch, die vielerlei Ursachen hatte, kann hier nicht eingegangen werden. Immer wieder

ganz zusammenbrechen zu lassen, aber in erster Linie gehörte seine Kraft der deutschen Bewegung. Gegen Ende des Krieges war auch die Reichsregierung gezwungen, in Deutschlands schwerster Not die Stimme der Arbeiterschaft, die bis 1918 nur auf den Schlachtfeldern verbluten durfte, zu hören. Legien war das Sprachrohr. Verhandlungen, allerdings vorerst noch erfolglos, mit dem damaligen Reichskanzler von Bethmann-Hollweg, mit Ludendorff und Hindenburg (im Großen Hauptquartier) über die dringliche Einräumung politischer Freiheiten für die Arbeiterschaft, über Versammlungsverbote und Friedensinterpellationen wurden aufgenommen. Das war das erste demokratische Zeichen der erkämpften Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiterschaft in der staatlichen Gesellschaft. Als 1918 der Zusammenbruch unvermeidlich wurde, war Legien Kommissar der Reichsregierung und gehörte auch der deutschen Friedensdelegation an, die dann mit dem ungeheuerlich ungerechten Diktat von Versailles, das auch die Gewerkschaften verurteilen, heimkommen mußte.

Seiner Entschlossenheit, der die Bedeutung einer nationalen Tat zukommt, ist auch die schnellere Niederwerfung des Kapp-Putschs 1920 zu verdanken. Die ihm vom Reichspräsidenten Ebert angebotene Kanzlerchaft schlug er aus. Schon ein kranker Mann, protestierte er noch einmal Ende November 1920 auf dem außerordentlichen Kongress des Internationalen Gewerkschaftsbundes in London gegen die schwache Besetzung des Ruhrgebietes und appellierte in einer eindrucksvollen, weithin beachteten Rede an das Gewissen und die Vernunft der ganzen Welt. Am 26. Dezember 1920 starb er. Um sein Grab stand die Trauer vieler Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen. Selbst Feinde und Gegner mußten der Gerechtigkeit, Klugheit und Sächlichkeit seines Wesens stets Achtung zollen.

Geloben wir heute an seinem zehnten Todestage dem Echo und der Arbeitsgläubigkeit seines Lebens unverbrüchliche Treue. Wenn wir diesen herrlichen Attributen seines Wirkens in Bereitschaft und Zuversicht nachsehen, ist die Aufwärtsentwicklung und die Machterweiterung der deutschen Gewerkschaftsbewegung die Schuld

Größere Kinder haben mit zehn Stunden Schlaf genug.

Kinder und Blumen benötigen viel, viel Licht, damit sie gut gedeihen. Wenn Kindern das Licht fehlt, dann werden sie blaß und kränklich.

Ganz abgesehen von allem, was die Kinder in der Schule lernen mögen, ist das regelmäßige Leben in der Schule so fördernd für sie, daß man sie schon aus gesundheitlichen Gründen allein in die Schule schicken soll.

Wenn die Mütter dem Schulbeispiel folgen und ihren Kindern zu Hause ein ebenso geregeltes Leben schaffen würden, dann gäbe es viel mehr gesunde Kinder auf der Welt, als dies in der Gegenwart der Fall ist.

Jugendbewegung.

Das Erlebnis des Winterwanderns.

Das Wandern durch die frische Natur hat immer alle Schichten der Menschheit in seinen Bann gezogen. Was der Frühling mit seinen jarten Trieben und seiner frischgrünen Entwicklung, der Sommer mit seiner kalten Reife und seinem lebendigen Blumenschmuck und was der Herbst in seiner Farbenfreudigkeit jedoch in den Menschenherzen an Lebenswerten weckte, das schien lange Zeit im Winter keinen rechten Widerhall zu finden.

Es darf als außerordentlich erfreulich festgehalten werden, daß Arbeiterkinder diesem Treiben von jeher ablehnend gegenüber standen. Schon ihre wirtschaftliche Schwäche gestattete ihnen die Teilnahme an derartigen Auswüchsen nicht.

Doch wie immer schon, besteht auch hier das Bedürfnis der Arbeiterinnen und Arbeiter nicht nur im rein Materielle. Was sonst das Wandern mit sich brachte, das mußte auch im „toten-kalten“ Winter irgendwo eine Auslösung finden.

Gräfenthal. In der am 14. Dezember 1930 abgehaltenen Verwalterversammlung in der Kollege Erdmann (Jamenau) anwesend war und über die Jugendbewegung im Verband sprach, wurde einstimmig beschlossen, die Jugendlichen in den Orten Gräfenthal, Lippelsdorf, Reichmannsdorf, Schmiedefeld und Priesen in Jugendgruppen zusammenzuschließen.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Unser Betriebsrat geht.

„Unser Betriebsrat geht“; einer sagt's dem anderen, ein Unbehagen schleicht durch die Werkstätten. „Er“, der mit der Selbstverständlichkeit eines guten Vaters alles Unheil von uns abzuhalten suchte, „er“, den wir für sein zähes, stilles Wäcken oft genug mit Stöhnen beworfen, der bescheiden, doch mit vergrößerter Stimme über seine Besahler uns Erfolg um Erfolg brachte — er will uns verlassen.

Bestimmung zieht durch die Gänge. Jetzt erst erkennen wir, was „er“ uns ist, und wir möchten ihn halten. Möchten ihn halten am Hüften und Hüften. Er, dessen klarer Kopf, dessen unerschütterliche Wille dem Arbeitgeber ein unberechenbares Bollwerk waren, ihn ruff die Partei. Sein Wissen wird gebraucht, auf daß es allen zugute komme.

Wir aber, die wir zurückbleiben, wollen wir nicht unser Betriebsrat schon im Amt etwas mehr achten? — Oder müssen sie erst von uns scheiden?

Streikbrecher.

Angehörige des Stahlwerks und der Nationalsozialistischen Partei haben sich in letzter Zeit besonders stark als Streikbrecher betätigt. Es ist deshalb notwendig, daß wir uns bei jedem Lohn- oder Tarifkonflikt gewissenhaft orientieren, wie stark an Zahl diese Schädlinge der Arbeiterbewegung sind.

der brüchlich möglichen Taktik, kann also allgemein nicht ohne weiteres bestimmt werden. Jedenfalls muß die Agitation unter diesen Arbeitern von rein kollegialem Geiste getragen sein, um so mehr, als man annehmen kann, daß es sich vorwiegend um geistig nicht hochstehende Menschen handelt, was ja ihr Auftreten und insbesondere das ihrer Führer beweist.

Die Agitation unter diesen Leuten ist besonders schwierig, weil das Unternehmertum mit dieser Menschensorte mindestens sympathisiert, wenn nicht direkt so doch indirekt sie unterstützt. Das Unternehmertum betrachtet Stahlhelmer, Nationalsozialisten und Gelbe als seine Schutztruppe, dazu berufen, dem Kapitalismus ein ewiges Leben zu garantieren oder doch mindestens eine Galgenfrist von — der liebe Herrgott weiß wie lange — zu erkämpfen.

Also jedenfalls: ran an den Feind, er muß unser Freund werden, weil wir Klassengenossen sind!

Das neue Jahr.

Das neue Jahr bringt keine Wende, — Wenn Ihr nicht selbst die Helfer seid: In Euren Fäusten schläft das Ende, In Euren Händen die neue Zeit! Erwacht aus dumpfen Sehnsuchts träumen, Euch ruff der Tag, Euch ruff die Tat — Schon schwillt der Lenztrieb in den Bäumen, Und unter Schneelast grünt die Saat! Das neue Jahr bringt keine Wende, Kein Ruf erreicht ein gnädig Ohr: Auf Bruderkraft und Segenspende Vertraut der hoffnungsfrohe Lor. Nur wer sich regt, dem wird es glücken, Die Freiheit hat, wer sie sich schafft — Erhebt das Haupt: auf Euren Rücken Tragt Ihr die Welt! Ihr seid die Kraft!

Klara Müller-Jahnke.

Berichte aus den Zahlstellen.

Berlin. Christliche Methoden. In einem Betrieb der Betonwerkstein-Industrie lag ein Beschluß vor, Akkordarbeit abzulehnen. Flugs wurden von der christlichen Herberge mehrere Arbeiter geschickt, die sich der Firma gegenüber bei der Einstellung schriftlich verpflichten mußten, im Akkord zu arbeiten; dem Zentralverband gegenüber mußten sie die Verpflichtung eingehen, sich bei ihm zu organisieren.

Berlin. Sprachkurse. Anfang Januar 1931 beginnen in der Sprachschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins die neuen Anfangskurse (Abendunterricht) für Teilnehmer ohne Vorkenntnisse in folgenden Sprachen: Englisch, Russisch und Französisch.

Hienau (Wefer). Der persönliche Fabrik- und Transportarbeiter-Verband, der sich gegenüber unserem Verbande nicht genug tun kann an Verhandlungen bei den Unterfüßungsanstaltungen, scheint Grund zu haben, den Mund nicht zu voll zu nehmen.

hier, ähnlich wie im Jahre 1928 bei den lippischen Zieglern; sich von der Auszahlung der im Statut zugesicherten Unterfüßung drücken. Das hat bei den Arbeitern berechtigten Unwillen ausgelöst, zumal sie sehen mußten, wie dünnlich der sozial-geschmähte rote Verband bei den Kollegen in der Nachbarzigelei die Unterfüßung auszahlte, ja daß diese sogar außerdem eine Winterbeihilfe erhielten.

Weißwasser (Oberlausitz). Ein recht eigenartiger Arbeitgeber ist der Direktor Richter, der die Lederpappenfabrik in Hammerstadt und Tschelln leitet. Er ist bekannt dafür, daß er in einem Ton mit seinen Arbeitern spricht, der sonst nicht üblich ist.

Rundschau.

Novorderordnung und Wohnungsweisen.

Unter dieser Überschrift bringt die soeben erschienene Nummer 24 der „Sozialen Bauwirtschaft“ eine kritische Würdigung der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen, soweit sie die Wohnungswirtschaft betrifft.

Unter dem Titel „Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsförderung“ regt Professor Robert Wilbrandt in Rücksicht auf die durch die Weltwirtschaftskrise hervorgerufene Dauerarbeitslosigkeit die Errichtung von Garten- und halbländlichen Siedlungen an, die mit Hilfe von Mitteln aus der Arbeitslosenversicherung und mit Hauszinsfremitteln finanziert werden könnten.

Im Zeichen des Preisabbaues werden auch einige ausführlich wiedergegebene Gerichtsentscheidungen interessieren. Während ein Urteil des Landgerichts I in Berlin Preisbindungen verbietet, hält das Kammergericht den zu diesem Zwecke bewirkten Zusammenschluß von Unternehmern nur dann für sittenwidrig, wenn durch ihn unangemessen hohe Preise erzielt werden sollen.

Es werden dann noch einige Fälle angegeben, in denen umgekehrt Bauunternehmer sich vereinigen, um soziale Baubetriebe durch Unterbietung um jeden Preis vom Wettbewerb auszuschalten. Daß heute Bauaufträge zu Preisen heringenommen werden, die nicht mehr die Selbstkosten decken, haben die Bauarbeitgeber von Leipzig und Umgebung in einer von ihnen angenommenen, im Wortlaut abgedruckten Entschließung unzweideutig festgelegt.

Die „Soziale Bauwirtschaft“ erscheint monatlich zweimal. Bezugspreis monatlich 75 Pf. Preis des Einzelheftes 90 Pf.

Verbandsnachrichten.

An unsere Mitglieder.

(Neue Marken.)

Am 31. Dezember 1930 werden die jetzt in Umlauf befindlichen Beitragsmarken außer Kurs gesetzt.

Die neuen Beitragsmarken sind im Wertverhältnis die gleichen wie früher, aber in anderer Farbe.

Erstmals am 3. Januar 1931 müssen alle Hilfskassierer die neuen Marken führen. Der erste Wochenbeitrag im neuen Jahre muß bereits mit der neuen Marke quittiert werden.

Alle Marken verlieren die Gültigkeit und sind daher zurückzuweisen. Alte Marken im neuen Jahre zu verwenden ist unzulässig. Vorhandene Beitragstafeln sollen nach dem 1. Januar nur in neuen Marken beglichen werden. Die Bestände an alten Marken müssen an die Hauptkasse abgeliefert werden.

Wir eruchen, diese Anweisung genau zu beachten! Die Hauptkasse: E. Köpfer.

Merseburg. Das Zahlstellenbüro ist verlegt nach Untervalkenburg 25, Telephon-Nr. Merseburg 29 66, Postfach Erfurt 111 88.

Oppeln. Die ausgeschriebene Geschäftsführerstelle für die Zahlstelle Oppeln ist besetzt. Gewählt ist der Kollege Gustav Zenber (Kauffung). Allen Bewerbern besten Dank.

Ausgeschlossen

wurden gemäß § 14 Ziff. 3a in Verbindung mit § 14 Ziff. 5 des Verbandstatuts die bisherigen Mitglieder der Zahlstellen: Weißwasser: Artur Hermann, Buch-Nr. 803 024, Max Ambrosius, Buch-Nr. 918 737, Fritz Kunert, Buch-Nr. 803 623; Berlin: Gustav Schuchow, Buch-Nr. S II 722 376, Berthold Franke, Buch-Nr. 1104 539; gemäß § 14 Ziff. 3a des Verbandstatuts das ehemalige Mitglied der Zahlstelle Weimendorf: Joseph Tomzyk, Buch-Nr. 714 591.

Literarisches.

Ein neuer Traven-Roman. Travens neuer Roman „Der Karren“ ist bei der Buchverlagsanstalt Berlin erschienen. Travens erzählt in dieser Geschichte von dem Leben der merikanischen Carreteros. Das sind proletarische Jüdchen, die als Hilfskräfte arbeiten. Jahr für Jahr, bei Hitze und Kälte, ihre wogenspannende Carreta über Gebirge und Ebenen führen, und die besonders in Gegenden geschächelt werden, die weit von den Eisenbahnen des Landes entfernt sind.

Geß zum Schutze der Republik, erläutert von Dr. Ernst Leffmann, Rechtsanwalt in Berlin. 1931. XII, 139 Seiten Kleinformat (Band 139 der „Blauen Geßgesamtausgabe“). In Leinen 4,80 Mk. Verlag J. Smetschke, Mannheim, Berlin, Leipzig. Die Änderungen des neuen Republikverfassungsgesetzes gegenüber dem alten sind sowohl im strafrechtlichen als auch im verwaltungsrechtlichen Teil grundsätzlicher Art.

Chemische Industrie

Das Rätsel der Bedaug-Wissenschaft. VII.

Das Bedaug-System entartet jetzt in den Konsumwerken. Die unrichtige Auswertung der gemessenen Zeit und alle übrigen von uns angeführten Maßnahmen zur Herabdrückung des Lohnes genügen den Unternehmern nicht mehr. Ein neues Lohnberechnungsverfahren wird auf Grund ausgearbeiteter Tabellen und Kurven eingeführt. Die Arbeiter beklagen sich bei uns, daß die einmal festgesetzten B-Werte, die angeblich unveränderlich sind, zum Schaden der Arbeiter geändert werden, wodurch ihr Lohn weiter gekürzt wird. In Einzelfällen können nicht einmal 30 bis 40 B-Werte erreicht werden, wo bisher Normalleistungen nach Bedaug geleistet wurden. Technische Änderungen sind nicht vorgenommen.

Wir prüften nach und stellten fest, daß mit Hilfe des Bedaug-Systems die stark angewachsene Lohnabteilung entlastet werden soll. Es sollen also Entlassungen in dieser Abteilung eintreten. Das wird möglich, indem für rund 30 000 verschiedener Arbeitsvorgänge 33 Bedaug-Gruppen geschaffen werden. Die Festsetzung der B-Werte erfolgt nicht mehr in der geschuldeten Weise, sondern die Zeitnehmer suchen in den Tabellen nach den anzuwendenden B-Werten, stellen diese zusammen und errechnen daraus den B-Wert des gesamten Arbeitsvorganges. Diese Methode wird angewendet, weil es unmöglich ist, die 30 000 verschiedenen Arbeitsvorgänge fortgesetzt durch Zeitnehmer bewerten zu lassen. Das würde den Zusammenbruch des Bedaug-Systems bedeuten.

Bei dieser Umstellung kommt es vereinzelt vor, daß die Arbeiter etwas höhere Verdienste erzielen als bisher. In der Mehrzahl der Fälle, vielleicht 80 bis 90 Prozent, geht der Verdienst aber noch weiter zurück, wodurch die Arbeiter zur Verzweiflung getrieben werden. Um nur einige Fälle herauszugreifen: bisher wurden in einem Falle bis zu 134 B erreicht, nach der neuen Methode, bei gleicher Leistung, ohne technische Änderungen nur 116. In einem anderen Fall wurden die B-Werte von 124 auf 108 gekürzt. Das wird dadurch erreicht, daß die B-Werte nicht mehr auf die Bedienung der Maschine und sonstige Arbeitsgegenstände bezogen werden, sondern auf das Arbeitsprodukt. Dabei wird stets ein Hundertsatz vorgesehen. Wird der Hundertsatz beim Auftrag nicht erreicht oder ist die volle Ausnutzung der Formen nicht möglich, weil eben die Aufträge geringer sind, dann erhält der Arbeiter nur die auf das Arbeitsstück festgesetzten B-Werte. Da die Bedienung der Maschinen, der Apparate und sonstiger Arbeitsgegenstände die gleiche Zeit erfordert, gleichgültig, ob die Formen voll oder nur teilweise ausgenutzt sind, so ergibt sich bei nicht voller Ausnutzung ein katastrophaler Lohnausfall. Bedaug sagt zwar, die Betriebsleistung hat für volle Ausnutzung der Maschinen zu sorgen, aber die Firmen kümmern sich darum nicht.

Wie rigoros, ja geradezu betrügerisch vorgegangen wird, beweist ein nicht vereinzelt dastehender Fall. Für 100 (einhundert) Stücke in eine Form einlegen werden 1,4 B-Werte berechnet. Auf das Stück kommen dabei 0,7 Sekunden Arbeitszeit. Das ist direkt unmöglich, denn dem Arbeiter wird zugemutet, in dem Bruchteil einer Sekunde den Arm zu bewegen, das Arbeitsstück zu erfassen, in die Form zu legen und den Arm in die erste Lage wieder zurückzuführen. Das wird anschaulicher, wenn wir feststellen, daß der Arbeitsvorgang in einer Minute 85mal wiederholt werden muß. Diese Sache ist von jedem Menschen leicht nachzuprüfen. Man lege auf einen Tisch links und rechts eine Anzahl leichter Gegenstände, Bleistifte, Nüsse oder Kartoffeln, was man gerade zur Hand hat. Direkt vor sich lege man eine Taschenuhr. Zur Rechten zeichne man mit Kreide ein Viereck oder einen Kreis. Man lege nun die Gegenstände von der linken Seite des Tisches einzeln in die Zeichnung und beobachte dabei den Sekundenzeiger der Uhr. Hat man in einer Minute 40 Gegenstände von der linken Tischseite in die Zeichnung befördert, so hat man mit einer Geschwindigkeit gearbeitet, die einen in Erstaunen setzt, die aber nicht lange beibehalten werden kann. Bedaug verlangt aber mehr als das Doppelte der Leistung und dann auch den ganzen Tag. Das ist mehr, als man früher von einem Galeerenklaven verlangte oder von einem Verbrecher, der das Wasserrad treten mußte.

Es gibt nach der neuen Methode auch Berechnungen nach Gewicht, die in ihrer Wirkung ebenso brutal sind.

Nach der neuen Methode sollen aber auch Vorarbeiter und Meister abgebaut werden. Das erreicht man, indem die Zeitnehmer die Arbeitsweise zu bestimmen haben. Die Zeitnehmer ersetzen also zum Teil die Kalkulationsabteilung und das Lohnbüro, sie verdrängen Vorarbeiter und Meister und müssen deren Arbeit mitübernehmen, sie tragen große Verantwortung gegenüber der Betriebsleitung und der Arbeiterschaft und müssen den ganzen Jörn der nach Bedaug ausgebeuteten Arbeiter über sich ergehen lassen. Das sind sie aber auch Angefellte, deren Monatslohn, auf Stundenlöhne umgerechnet, einen Stundenlohn ergibt, den beim Bedaug-System bevorzugte Arbeiter nicht nur erreichen, sondern häufig überholen.

Ein feines Geschäft für den Unternehmer und die Bedaug-Gesellschaft!

Wir schlussfolgern:

1. Das Bedaug-System ist eine Geheimwissenschaft. Darum wird den Zeitnehmern verboten, den Arbeitern oder Außenstehenden über das System etwas zu sagen.
2. Die Geheimwissenschaft bezieht sich nicht auf das Arbeitssystem, sondern auf die Verschleierung der angewandten Methoden.
3. Die Zeitmessung ist nur verschleiern des Wertes des Systems. Die gemessenen Zeiten werden nicht als Grundlage der Entlohnung verwendet. Es wird in den

weitaus meisten Fällen eine geringere Zeit, als gemessen, eingeseht und aus dieser eingesehten Zeit eine ausgewählte, die zur Anwendung gelangt. Diese ausgewählte Zeit liegt meist noch unter der eingesehten Zeit.

4. Zur gewählten Zeit wird eine geschätzte Geschwindigkeit gerechnet. Die Schätzung hat keine wissenschaftliche Grundlage.
5. Dazu kommt ein Erholungsfaktor, der willkürlich festgesetzt wird. Er bildet häufig Streitobjekt zwischen Zeitnehmer und Bedaug-Abteilung bzw. zwischen Zeitnehmer und Betriebsleitung.
6. Bei Wartezeiten wird Methodenzuschuß gewährt. Je mehr der Arbeiter arbeitet, desto geringer wird der Methodenzuschuß. Bei einer bestimmten Leistung fällt er ganz fort, der Arbeiter wird darum betrogen.
7. Männerarbeit, die nach Bedaug bewertet ist, wird häufig Frauen übertragen. Frauen können bei ihrer schwächeren Konstitution die nach Männern festgesetzten B-Werte nicht erreichen, werden also im Lohn geschädigt.
8. Die einmal festgesetzten B-Werte sollen unveränderlich sein. In der Praxis kommen Änderungen häufig vor ohne Änderungen der Betriebstechnik.
9. Nach der Kurven- und Tabellenberechnung werden die festgesetzten B-Werte grundsätzlich und systematisch willkürlich herabgesetzt.
10. Die Normalleistung soll 60 B-Werte je Stunde sein. Was darüber geleistet wird, wird nur mit 75 Prozent des festgesetzten B-Wertes bezahlt.

Preisabbau

ist die Parole, die nicht durchgeführt werden kann. Ist der Preisabbau überhaupt ernst gemeint? Fast möchte man daran zweifeln, wenn man weiß, daß die Solidarität bei der Warenverteilung bestraft

wird

nämlich durch die besondere Besteuerung der Konsumvereine. Allein durch den Zusammenschluß der Konsumenten in Konsumvereinen kann dem Wucher im Warenhandel ernstlich entgegengetreten, den Konsumenten gute und billigere Ware geliefert werden. Und trotz der Parole „Preisabbau“ werden die Konsumvereine für ihre soziale Tat

bestraft.

Die Bedaug-Gesellschaft behauptet, daß ihr System auf wissenschaftlichen Forschungen aufgebaut ist. Das ist falsch. Im „Magazin der Wirtschaft“, Nr. 50, vom 12. Dezember 1930, Seite 2310, wird in bezug auf das Bedaug-System gesagt, daß es auf „fast“ wissenschaftlichen Arbeitsmessungen und Zeitstudien beruht. Es handelt sich also um eine „Fast“-Wissenschaft.

Professor Dr. A. H. K. vom Kaiser-Wilhelm-Institut für Arbeitsphysiologie in Dortmund hat ausdrücklich erklärt, daß das Bedaug-System unwissenschaftlich ist.

Wir haben auf Grund unserer Erfahrung festgestellt, daß das Ziel der Bedaug-Gesellschaft ist, die Arbeiterzahl um rund 33 Prozent zu verringern und den Lohn um 20 bis 25 Prozent herabzudrücken. Nach Einsichtnahme in die Lohnlisten und in die Produktionsstatistik ergibt sich, daß in den Betrieben auf dieses Ziel hingearbeitet wird. Stoppuhr, Geschwindigkeit, Erholungsfaktor, Methodenzuschuß und wie die Dinge heißen sollen sich nur als weiße Salbe bei den Arbeitern auswirken. Es ist alles Humbug. Absicht und Ziel haben wir eben festgehalten. Das bestätigt auch die Bedaug-Gesellschaft selbst.

In einem Bericht eines Bedaug-Ingenieurs aus Deutschland an die Betriebsleitung der Linoleumfabrik in Kromenien in Holland heißt es ausdrücklich, daß die Durchführung der Änderungsvorschläge der Bedaug-Gesellschaft ohne Einführung des Bedaug-Systems nicht möglich ist, weil eine erhebliche Mehrbelastung eines Arbeiters ohne Aussicht auf einen Mehrverdienst immer Schwierigkeiten macht. Dieses Ziel ist nur durch Einführung des Bedaug-Systems zu erreichen.

Mit dieser Angabe hat sich die Bedaug-Gesellschaft selbst Lügen gestraft. Sie hebt sonst immer hervor, daß ihr System nur zum Wohle und zum Vorteil der Arbeiter eingeführt ist. Dieses klar herauszustellen, war der Zweck unserer Veröffentlichungen. In einer Broschüre wollen wir der Welt Inhalt und Methoden des schändlichsten aller Ausbeutungssysteme übermitteln.

G. Jaupf.

Und wieder Kapitalverschwendung in der Stickstoffindustrie.

In der letzten Nummer des „Proletariats“ haben wir uns mit der Stilllegung des Stickstoffwerkes Mont Genis beschäftigt, die eine unerhörte Verschwendung von Kapital bedeutet.

Wenige Tage nach dieser Meldung erfährt die Öffentlichkeit, daß ein weiteres Stickstoffwerk im niederschlesischen Industriebezirk, nämlich die Stickstoffwerke, AG, in Waldenburg, die dem Fürsten Pleß gehören, die Pleite angeht hat. Die Schulden der Stickstoffwerke, AG, in Waldenburg sollen etwa 30 Millionen Mark betragen.

Die Anlagen dieses Werkes entsprechen der modernsten Bauart. Gewaltige Kapitalien sind notwendig, um heute Apparaturen und Maschinen zur synthetischen Stickstoffgewinnung zu errichten. Die Werkanlagen stellen also sehr hohe Sachwerte dar. Sie sind jedoch fastes Material, wenn die Produktion stockt. Es ist deshalb begreiflich, daß solche

Niefenobjekte sehr schwer realisierbar sind, ein Verkauf begegnet ungeheuren Schwierigkeiten, es sei denn, daß im Interesse einer Quotenübertragung irgendein Interessent als Käufer in Betracht käme. Aber selbst wenn sich ein Käufer dieser Anlagen finden würde, ist aller Wahrscheinlichkeit nach damit zu rechnen, daß auch der Betrieb in Waldenburg das Schicksal der Anlagen von Mont Genis erleidet, die von der J.-G. Farbenindustrie aufgekauft wurden und nunmehr außer Betrieb gesetzt werden.

Die Gründung der Stickstoffwerke, AG, in Waldenburg erfolgte mit einem Aktienkapital von 8 Millionen Mark. Sie waren auf Grund französischer Produktionsverfahren zur Verarbeitung von Zechenabgasen auf Zechenstickstoff eingerichtet. Das Produktionsprogramm sah eine Jahresproduktion von 15 000 Tonnen Stickstoff vor. Die Gründung dieses Unternehmens reiht sich einer Reihe ähnlicher Gründungen an, die mit Ursache sind, daß die Produktionsmöglichkeit an synthetischem Stickstoff in Deutschland weit über den tatsächlichen Bedarf hinausgewachsen ist. Während die älteren Großanlagen der J.-G. Farbenindustrie heute finanziell nur sehr niedrig belastet sind und deshalb über günstige Erzeugungsmöglichkeiten verfügen, werden diese neuen Unternehmen infolge großer Finanzlasten stark bedrückt. Auch der zukünftigen Entwicklung dieser Betriebe ist durch die neueren Vorgänge auf dem Stickstoffmarkt eine Begrenzung gesetzt. Die Gründung des Stickstoffsyndikates hat die Erzeugungsmöglichkeit auf eine bestimmte Leistung festgesetzt. Dadurch ist eine fernere Entwicklung, namentlich auch der Betriebe in der Bergbauindustrie, nicht gewährleistet, die eine größtmögliche Ausnutzung der Anlagen erzielen würde.

Nach Pressemeldungen sollen im Zusammenhang mit den Zahlungsschwierigkeiten des Fürsten Pleß einflußreiche Kreise der Schwerindustrie versuchen, das Reich zur Übernahme von Ausfallbürgschaften für den Fürsten Pleß zu bewegen. Wie reimt sich das mit dem Geschrei der Unternehmerkreise, namentlich in der letzten Zeit, zusammen, der Staat solle seine Hand aus öffentlichen Unternehmungen lassen. Insbesondere aber steht ein solches Verlangen im scharfen Widerspruch zu den letzten Kundgebungen der Industrieverbände, die sich in scharfer Form gegen Subventionen gewandt haben.

Wem wäre auch mit einer solchen Subvention gedient? Etwa dem Fürsten Pleß? Wir sind der Ansicht, daß wir diesen Herrn ruhig seinem Schicksal überlassen sollen. In der Geschichte der schlesischen Industrie ist der Name des Fürsten Pleß, soweit die Arbeiterschaft in Frage kommt, nicht sonderlich berühmt. Die fürstlich-pleßische Verwaltung war bereits vor dem Kriege Träger eines der größten deutschen Konzerne, der Industriewerke, Kohlenzechen, land- und forstwirtschaftliche Unternehmungen rücksichtslos zusammenraffte. Durch den Verlust Oberschlesiens an Polen wurde die Macht dieses Konzerns teilweise gebrochen. Früher bereits wurde der pleßischen Verwaltung eine Sanierung angeboten, eine großzügige Rationalisierung sollte mit öffentlichen Mitteln durchgeführt werden. Der Umstand, daß das Unternehmen mit unmöglichen Forderungen auftrat, zerschlug diese Verhandlungen, worauf das Unternehmen auf eigene Faust weiter fortwurstelte. So ist der Zusammenbruch der Stickstoffwerke in Waldenburg erneut ein Zeichen verpöschter Privatwirtschaftsführung. Erneut sind im Zeichen allgemeiner Kapitalknappheit beträchtliche Mittel nutzlos vergendet worden.

Zum Schluß noch ein paar Worte über die Einstellung der Arbeiterschaft dieses Betriebes, die zum überwiegenden Teil sich aus Anhängern Adolf Hitlers rekrutiert. Der Betriebsrat besteht aus Nationalsozialisten, die es nicht verstanden hatten, die Rechte der Arbeiter wahrzunehmen. Erst in den letzten Wochen hatten wir Gelegenheit, eine Arbeitsordnung zu sehen, die bewies, wozu die Arbeiter kommen, wenn sie mehr Gewicht auf Phrasendrescherei legen als auf eine Betriebsvertretung, die durch praktisches Wissen geeignet ist, die Interessen der Arbeiterschaft wahrzunehmen. Was nutzt es diesen Leuten jetzt, daß sie ohne Rücksicht auf Leben und Gesundheit überstunden in jeder Zahl gemacht haben, daß sie die gewerkschaftliche Organisation in der gefährlichsten Weise bekämpften? Erst vor kurzer Zeit hatten wir Gelegenheit, für den dortigen Betrieb eine Versammlung abzuhalten, die jedoch infolge Sabotage der Felden vom Dritten Reich sehr dürftig besucht war. Bereits in dieser Versammlung haben wir wegen der Verhältnisse in der Stickstoffindustrie die Möglichkeit von Betriebsabschlüssen ausgesprochen, wobei wir jedoch nicht daran dachten, daß dieses Schicksal in so kurzer Zeit den Betrieb in Waldenburg treffen würde. Kommt es zur Betriebsabschließung, so wird die Betriebsleitung rücksichtslos auch die Anhänger Hitlers auf die Straße werfen. Die seither betriebene Anbiederung an den Unternehmer kann also nicht viel Nutzen bringen. Vielleicht gehen den Arbeitern dieses Betriebes, die seither Vernunftgründen in allgemeinen nicht zugänglich waren, die Augen auf, wenn sie nicht vorziehen, nach Nazimannier, die Schuld für die Betriebsabschließung der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften aufzubürden.

K. Segerer.

Die Bereifungsindustrie im Jahre 1929.

Der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ Nr. 22, November 1930, entnehmen wir über die Lage der deutschen Bereifungsindustrie im Jahre 1929 folgendes:

Wenn auch die Produktion der Bereifungsfabriken im Laufe des Jahres 1929 stark abgenommen hat, so ist doch der Produktionswert für das ganze Jahr gesehen, gegenüber dem Vorjahr etwas gestiegen, nämlich auf 207 Millionen Mark gegen 204 Millionen Mark im Jahre 1928.

Die Bereifungsindustrie im Jahre 1929.

Betriebe	21
davon geschäft	3
Beschäftigte berufsgeübte männliche Personen	
am 1. Januar	9 151
am 1. April	9 953
am 1. Juli	9 116
am 1. Oktober	7 762

Insgesamt von den berufsgenossenschaftlich versicherten Personen geleistete Arbeitsstunden 17 952 236
Betrag der den berufsgenossenschaftlich versicherten Personen gezahlten Löhne und Gehälter (in 1000 RM.) 18 743
Wert der in den Bereifungsfabriken verbrauchten Rohstoffe und Halbfabrikate (Rohhautschuk, regenerierter Kautschuk, Gewebe, Chemikalien, Stahlbänder usw. (in 1000 RM.) 114 868

Table with 4 columns: Erzeugung, nach dem Inland, nach dem Ausland, Abfall. Rows include Pneumatische Reifen für Personen- und Lieferwagen, Decken, Schläuche, Bereifungen für Lastwagen und Omnibusse, etc.

Die Werke beschäftigten am 1. April des Jahres insgesamt 9950 (berufsgenossenschaftlich versicherte) Personen. Diese Zahl blieb um rund 400 hinter der Beschäftigtenzahl der gleichen Zeit des Vorjahres zurück.

Die Verteilung des Gesamtverbrauchs auf die einzelnen Rohstoffe und Halbfabrikate ist ziemlich unverändert geblieben: 50 v. H. des Gesamtwertes entfielen auf Rohhautschuk, 29 v. H. auf Gewebe, 13 v. H. auf Chemikalien und andere Materialien.

Der Wert der Erzeugung stieg im Jahre 1929 auf 207 Millionen Reichsmark. Von dieser Summe entfielen 9 v. H. auf Löhne, 56 v. H. auf Rohmaterial.

Die Reifenherstellung hat nur noch für Lastwagen und Traktoren einige Bedeutung. Bei den Vollreifen für Lastwagen und Omnibusse hat sich das Verbot für die weitere Verwendung dieser Bereifungen in einer Produktionsverminderung von 40 000 auf 9000 Stück ausgemacht.

Der in- und ausländische Absatz der Bereifungsfabriken blieb mit 207,5 Millionen Reichsmark um rund 8 Millionen hinter dem Absatz des Vorjahres zurück. Dieser Rückgang ist nur zum Teil auf tatsächliche Absatzverminderung zurückzuführen.

Papier-Industrie

Papierarbeiterkonferenz für die Betriebe der Waldhof-WG. in Leipzig

Die Konferenz, die von 19 Delegierten besucht war, wurde vom Kollegen Adler geleitet. Über die wirtschaftliche Lage in der Papierindustrie berichtete Herr Kollege Stähler etwa folgendes: Die Wirtschaft in der Papierindustrie ist in der Papierindustrie der ganzen Welt.

Herstellungspreis um etwa 1 Prozent, dagegen die Kaufkraft der Arbeiter und Angestellten um 10 Prozent senken. Folglich würde eine Belebung der Konjunktur im Ausland gänzlich ausgeschlossen sein.

In verschiedenen Bezirken versucht das Unternehmertum, ohne Inanspruchnahme der staatlichen Schlichtungsinstanzen mit uns eine Verständigung über den Lohnabbau herbeizuführen.

Über die Prämienfrage erfolgte ebenfalls eine lebhafte Aussprache. Kollege Thiem (Wreslau) berichtete, daß für den Bezirk Niederschlesien Lohnabbauforderungen der Arbeitgeber bis zu 24 Prozent eingegangen sind.

Kollege Adler (Hannover) betonte, daß der Zentralbranchenleitung mehr Material, besonders in bezug auf Gesellschaftsverträge und deren Inhalt, sowie auf die Akkord- und Prämienverrechnung, übermittelt werden sollte.

In seinem Schlußwort konnte Kollege Stähler erklären, daß die Aussprache gezeigt habe, daß in dem Betriebe der Waldhof-WG. die Rationalisierung solche Fortschritte gemacht hat, daß viele Arbeitskräfte frei geworden sind.

Kollege Adler hielt einen instruktiven Vortrag über die Entsendung von Betriebsräten in den Aufsichtsrat. Manche noch bestehende Unklarheit wurde erläutert, so daß die amnestierenden Delegierten wohl eingehend über die gesetzlichen Vorschriften zur Wahl des Aufsichtsrats unterrichtet sein dürften.

Kollege Adler konnte die Konferenz schließen mit dem Hinweis, daß nunmehr die Funktionäre aus dieser Konferenz die notwendigen Lehren ziehen müßten, um weiter bei dem Ausbau der Organisation mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln mitzuwirken.

Nahrungsmittel-Industrie

Der Enquete-Ausschuß und die deutsche Blindindustrie

Über die Bedeutung der Blindindustrie im Weltmarkt und Verkehr entnehmen wir dem Bericht folgendes: Der Menge nach gehören die Rohstoffe gegenwärtig in die Reihe der großen Weltmarktsgüter, deren Bedeutung ständig steigt.

Table with 5 columns: Rohstoffarten, 1909-1913, 1926, 1927, Ausbeutefuß. Rows include Baumwoll samen, Erdnüsse, Leinsaat, etc.

Die Weltproduktion an Rohstoffen ist also seit dem Jahre 1913 bedeutend gestiegen. Die größte Steigerung weisen Erdnüsse und Sojabohnen auf.

Von dieser Gesamtproduktion kamen 1909-1913 im Jahresdurchschnitt 5,1 Millionen Tonnen zur Ausfuhr, also in den Handel, im Jahre 1928 dagegen etwa 9 Millionen Tonnen.

Table with 5 columns: Rohstoff, Durchschnitt 1909-1913, 1924, 1926, 1928. Rows include Leinsaat, Sojabohnen, Erdnüsse, etc.

Während also im Weltmarkt 1909-1913 Leinsaat an erster Stelle stand, fanden 1928 Sojabohnen an erster Stelle. Auch sonst zeigt die Tabelle mancherlei Verschiebung beim Rohstoffhandel.

In wenigen Industriezweigen spielt der Rohstofftransport eine derartig große Rolle wie in der Blindindustrie. Die Rohstoffe müssen nach allen Industrieländern fast reiflos eingeführt werden.

und ihrer Verarbeitung. Es ist, namentlich während der Kriegszeit, versucht worden, die Blindindustrie in den Rohstoffländern zu fördern.

In den Industrieländern werden die Ölkuchen von der Landwirtschaft als wichtiges Futtermittel aufgenommen, während sie in den Rohstoffgebieten fast nur zu Düngezwecken verbraucht oder zu Düngezwecken ausgeführt werden.

Table with 4 columns: Erdteil, 1926, %, 1927, %. Rows include Europa, Asien, Amerika, Afrika, Australien, Sonstige Länder.

Europa steht also mit seiner Ölproduktion an erster Stelle. Der Bericht schätzt, daß Europa 1928 rund 50 Prozent der Ölproduktion erreicht haben dürfte.

Table with 3 columns: Land, Erzeugung in 1000 t, 1926, 1927. Rows include Deutschland, Großbritannien, Frankreich, etc.

Die übrigen europäischen Staaten hatten im Jahre 1927 eine Gesamtölerzeugung von 285 300 Tonnen. Die oben aufgeführten Staaten erzeugten mithin rund 91 Prozent des Öles in Europa.

Von der gesamten Ölerzeugung kamen im Jahre 1928 etwa 1,4 Millionen Tonnen und im Jahre 1927 etwa 1,45 Millionen Tonnen in den Weltmarkt.

Table with 4 columns: Weltmarkt an pflanzlichen Ölen und Fetten in 1000 t, Einfuhr, Ausfuhr, 1926, 1927. Rows include Europa, Amerika, Afrika, etc.

Daraus ist ersichtlich, daß Europa im Weltmarkt für Öle und Fette sowohl bei der Einfuhr als auch bei der Ausfuhr an erster Stelle steht.

Table with 4 columns: Länder, Einfuhr, Ausfuhr, 1926, 1927. Rows include Deutschland, Großbritannien, Frankreich, etc.

Über den Weltmarkt an Ölkuchen wird gesagt, daß man annehmen könne, daß die gesamte Ölkuchenproduktion Chinas von etwa 2 Millionen Tonnen vollständig zu Düngezwecken verwendet wird.

es 1928 gleichfalls an dritter Stelle und 1928 an zweiter. Das zeigt, daß Deutschland am Weltmarkt mit Ölkuchen stark interessiert ist. Eine weitere Übersicht zeigt, daß rund 4,4 Millionen Tonnen oder etwa 30 Prozent der Weltölkuchenproduktion am Weltmarkt beteiligt sind. Die speziellen deutschen Verhältnisse haben wir im vorigen Artikel bereits besprochen. Hier sei nur noch erwähnt, daß der Anteil an der Einfuhr der Rohstoffe 1913 rund 8,5 Prozent und 1926 rund 12,3 Prozent betrug. Unter der Einfuhr der agrarischen Rohstoffe standen die Rohstoffe an erster Stelle. Die Bezugsgebiete für die Rohstoffe zur Herstellung haben sich infolge Verschiebung des Rohstoffverbrauches gleichfalls geändert. Der Bericht stellt hierzu folgendes fest:

Allen lieferte vom Wert der deutschen Gesamteinfuhr an Rohstoffen im Jahre 1913: 43,7 Prozent, im Jahre 1927 aber 53,7 Prozent. Die Anteile aller anderen Erdteile sind gesunken. Afrika Anteil sank von 29,7 Prozent auf 24,8 Prozent, derjenige Amerikas von 19,2 Prozent auf 18,3 Prozent. Die europäischen Liefergebiete und Australien mit Südeuropa haben nur relative geringe Bedeutung. — Im Jahre 1928 ist der Anteil Asiens wegen der unverhältnismäßig starken Steigerung der Sojabohnen- und Erdnüsseinfuhr auf über 60 Prozent, im Jahre 1929 auf etwa 67 Prozent gestiegen.

Damit ist zugleich dargelegt, aus welchen Gebieten Deutschland heute seine Hauptrohstoffmengen bezieht. Über die Wandlung bei der Rohstoffeinfuhr und über die Verarbeitung gegenüber 1913 in Deutschland gibt nachstehende Tabelle Auskunft:

Einfuhr von Ölsaaten und -früchten in t.				
Ölsaaten	1913	1924	1928	1929
Leinsaat, Leinmehl	560 428	129 769	442 985	315 956
Palmkerne	235 921	103 207	297 367	304 475
Baumwollsaamen	219 780	45 373	7 011	7 474
Kopra	198 598	146 758	200 759	244 547
Raps, Rapsen	153 427	50 460	36 589	17 532
Sojabohnen	125 750	137 331	847 723	123 858
Sesamsaat	116 039	9 178	8 718	13 793
Erdnüsse	98 085	74 924	594 901	644 165
Sonnenblumen-saamen	—	19 663	6 024	3 238
Senf	—	3 613	6 338	7 662

Danach hat ein starker Wandel bei der Rohstoffeinfuhr und bei seiner Verarbeitung stattgefunden. Folgende Prozentzahlen mögen das noch erhärten. Wertmäßig stieg der Anteil der Erdnüsse an der Einfuhr von 5,2 Prozent im Jahre 1913 auf 29,1 Prozent im Jahre 1929, bei Sojabohnen von 3,4 Prozent auf 27,8 Prozent. Mengemäßig betrug die Einfuhr bei Sojabohnen 1929 sogar 39,5 Prozent. Dagegen ging die Einfuhr bei Leinsaat von 24,1 Prozent auf 12 Prozent und bei Kopra von 22,7 Prozent auf 14 Prozent wertmäßig zurück. Der Bericht bringt dann Einzelangaben über den Handel und Verkehr jeder Rohstoffart nach Erzeugungs- und Verarbeitungsländern.

Neben der Ölgewinnung aus pflanzlichen Stoffen nimmt die Veredelung von Tran immer mehr zu. Im Jahre 1908 wurden 22 800 Tonnen Tran gewonnen, 1918 aber bereits 125 000 Tonnen, 1929 wurde die Tranerzeugung auf rund 300 000 Tonnen geschätzt. Deutschland führte 1928 rund 97 700 Tonnen Tran ein. Die Tranerzeugung ist inzwischen stark gestiegen: Sie betrug 1929 bereits 120 306 Tonnen und im ersten Halbjahr 1930 rund 107 000 Tonnen. Die erhöhte Tranerzeugung hat sich im ersten Halbjahr 1930 bereits dahin ausgewirkt, daß die Saateinfuhr für die Ölindustrie um rund 83 000 Tonnen zurückgegangen ist. Der Tran wird also immer mehr ein Konkurrent für das pflanzliche Öl. Von den eingeführten Tranmengen wurden 1928 78 900 Tonnen gehärtet, die vorwiegend für die Margarineerzeugung gebraucht wurden. Die Hauptabnehmer für den Tran sind die großen Konzerne. Seit 1929 besteht ein Weltkartell. Die Hauptbeteiligten in dem Kartell sind die „Unilever“, der Procter-Gamble-Konzern in Amerika und die De-No-Wa (Oslo). Dieses Kartell beherrscht 80 bis 90 Prozent der Welttranerzeugung. Es hat also das Weltmonopol.

Es folgt dann eine längere Betrachtung über die Organisation des Welthandels. Hier spielt auch die Konzernfrage eine Rolle. Auf die Frage, ob die Konzerne besondere Vorteile beim Einkauf der Rohstoffe genießen, wird von den meisten Sachverständigen mit nein geantwortet. Der Vorsitzende faßt das Ergebnis der Beratungen dahingehend zusammen:

„Ihre einheitliche Auffassung geht also dahin, daß auch auf dem Gebiete des Einkaufs der Konzern vor den anderen Ölmühlen im allgemeinen keine Vorzüge hat. Sowohl für die Konzerne als auch für die freien Ölmühlen sind vielfach für den Kauf in einem gegebenen Moment nicht so sehr die Preisverhältnisse wie die Notwendigkeit, laufend die Fabriken zu beschäftigen, maßgebend.“

Ans will scheinen, daß die Sachverständigen hier um den Kern der Frage herumgegangen sind. Sie mögen dafür ihre Gründe haben. Es ist aber doch selbstverständlich, daß ein derartig großer Verbraucher, wie es die „Unilever“ auf dem Rohstoffmarkt ist, günstiger dasteht als eine kleine Ölmühle. Da die Rohstoffe nach den meisten Industrieländern über See gehen, spielen die Seefrachten eine große Rolle. Diese werden geschätzt für: Sojabohnen auf 12 bis 16 Prozent, Erdnüsse auf 6 bis 7,5 Prozent, Leinsaat auf 6 bis 7,5 Prozent, Palmkerne auf 6 bis 7 Prozent und Kopra auf etwa 12 Prozent an Rohstoffwert. Zum Schluß folgt eine kurze zusammenfassende Übersicht über die gesamte Verhandlung.

Der Bericht enthält manchen Mangel. Das kann aber auch gar nicht anders sein. Die Erhebungen und Verhandlungen erstreckten sich auf mehrere Jahre. In dieser Zeit hat sich manches geändert. In manchen Stellen konnte das berücksichtigt werden, an anderen Stellen wiederum nicht. Trotzdem enthält der Bericht eine Fülle von Material, das auch geschichtlichen Wert behält. Die Zollfrage ist gesondert behandelt, darauf kommen wir noch zurück.

E. Senkfeil.

Zusammenschlüsse in der Zucker- und Stärkeindustrie.

In Nr. 49 des „Proletarier“ brachten wir längere Ausführungen zur Lage der Zuckerindustrie. Wir wiesenen darauf, daß eine evtl. Zwangskontingentierung in Aussicht stehe. Die Sache ist nun nicht den gesetzlichen Weg gegangen, sondern die Materie ist in der allgemeinen Verordnung vom 1. Dezember zur Sicherung von Finanzen und der Wirtschaft durch die Reichsregierung mit geregelt worden. Nach unserer Information enthält die Verordnung im 8. Teile, Kapitel V, zu diesem Zweck folgende Bestimmungen:

„Zusammenschlüsse.“

§ 7.

Die Reichsregierung kann mit Zustimmung des Reichsrates Zuckerfabriken und kartoffelverarbeitende Betriebe zur Regelung der Erzeugung und des Absatzes zusammenschließen.

Sie hat dabei für größtmögliche Wirtschaftlichkeit Sorge zu tragen und Schädigungen der Gesamtwirtschaft und des Gemeinwohls zu verhindern.

Die Verordnung gegen Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen vom 2. November 1923 (Reichsgesetzbl. I S. 1067) findet auf solche Zusammenschlüsse Anwendung; jedoch findet eine Kündigung nach § 8 dieser Verordnung nicht statt.

§ 8.

Die Reichsregierung kann mit Zustimmung des Reichsrates zur Durchführung des § 7 Rechtsverordnungen erlassen. Sie kann insbesondere

1. die Rechte und Pflichten der Mitglieder und die übrigen Rechtsverhältnisse der Zusammenschlüsse durch eine Satzung regeln und bestimmen, daß die Zusammenschlüsse rechtsfähig sind.
2. Betriebe an bereits bestehende Zusammenschlüsse von Betrieben gleicher Art anschließen und hierbei die Rechte und Pflichten der Mitglieder auch abweichend von den vertraglichen Vereinbarungen regeln.

Danach hat sich nunmehr die Regierung selbst die Vollmacht gegeben, Maßnahmen für Zusammenschlüsse in der Zuckerindustrie und in den kartoffelverarbeitenden Betrieben herbeizuführen. Da sie diese Materie mit in die allgemeine Verordnung aufgenommen hat, wird sie die Angelegenheit als dringend ansehen. Wir müssen also damit rechnen, daß wir für das nächste Wirtschaftsjahr in der Zuckerindustrie die Kontingentierung erhalten. Wir haben schon in der erwähnten Nummer des „Proletarier“ die Forderung aufgestellt, daß dabei auch die Interessen der Arbeitnehmer berücksichtigt werden müssen. Wir möchten diese Forderung an dieser Stelle wiederholen.

Ein Lumpengeschlecht!
Für ihr lässliches Futter,
für ihr prunkendes Kleid,
sie schaffen mit Fleiß,
mit List und Betrug,
einander zum Leid,
als wäre die Erd', unsre ewige Mutter,
nicht groß genug.

E. G. Seiser.

In der „Frankfurter Zeitung“ vom 4. Dezember 1930 lesen wir nun folgenden Bericht:

„Stärkezuckerfabrik AG, vorm. C. A. Köhlmann & Co., Frankfurt a. d. Oder.“

Der Bruttogewinn ist auf 1,39 Millionen Mark zurückgegangen. Der Reingewinn dagegen nach 0,25 (0,24) Abschreibungen einschließlich 30 900 (31 587) Vortrag auf 200 985 (182 400) gestiegen, da Unkosten, Steuern und Soziallasten gesunken sind. Wie gemeldet, werden 4 1/2 Prozent (4 Prozent) Dividende auf 3,78 Millionen Mark Kapital vorgeschlagen. 30 585 gelangen zum Vortrag. Die sechs Stärkefabriken haben nur 2 1/2 bis 3 Monate gearbeitet. Die Veredelungsfabrik für Stärke, Dextrin und Kulör war das ganze Jahr beschäftigt, aber bei unzureichender Ausnutzung. Von dem unter Regierungsrück zu stehende gekommenen Zusammenschluß sei eine Befundung zu erwarten. Die Bilanz (31. August) weist 1,85 (2,10) Millionen Kreditoren, andererseits 2,49 (2,64) Vorräte aus. Vermittel und Bankguthaben 0,31 (0,15) Millionen Mark.“

Der im echten Telegrammstil gehaltene Auszug aus dem Geschäftsbericht obiger Firma besagt nicht viel Neues. Es sollen 4 1/2 Prozent Dividende verteilt werden, das wird den Aktionären wenig sein. Mancher Sparer wäre zufrieden, wenn er sie hätte. Was aber an dem Bericht besonders interessant ist, daß in der Stärkeindustrie bereits unter dem Druck der Reichsregierung eine Konzentration, also ein Zusammenschluß, vollzogen ist. Es steht also zu erwarten, daß auch in der kartoffelverarbeitenden Industrie von dieser Verordnung Gebrauch gemacht wird. Auch hier müssen wir die Forderung erheben, daß die Interessen der Arbeiterschaft dabei gewahrt werden.

Die Deutsche Zuckerbank-AG im Jahre 1929/30.

„Die Zuckerindustrie leidet Not!“ Diesen Rufschrei kann man immer wieder von den Arbeitgebern der Zuckerindustrie hören. Die Bankinstitute, die dazu gegründet sind, um der Zuckerindustrie preiswerte Kredite zu vermitteln, leiden keine Not. Das zeigt uns erneut der Geschäftsbericht der Deutschen Zuckerbank-AG, in dem es heißt:

„Das Ergebnis des siebenten Geschäftsjahres war befriedigend. Nach Vornahme der gebotenen Rückstellungen erlaubt der mit 130 841,80 Mk. ausgewiesene Gewinn die Ausschüttung einer Dividende von wieder 15 Prozent.“

Die Rückzahlung auf die langfristigen Darlehen geschah auch in diesem Jahre infolge unserer vermittelnden Tätigkeit durch Bereitstellung entsprechender Anleihebeträge. Eine Auslosung fand nicht statt. Der Zinsendienst wickelte sich glatt ab. Die Verwaltungskostenbeiträge kamen abermals mit einer Senkung gegenüber dem Vorjahre zur Erhebung.“

Das sieht wirklich nicht danach aus, als ob es der Zuckerbank-AG schlecht ginge. Die Situation ergibt also ein merkwürdiges Bild. Die Zuckerindustrie gründet sich ein Bankinstitut, das die Aufgabe hat, die Zuckerindustrie mit billigen Krediten zu versorgen. Die Zuckerindustrie selbst klagt dauernd, daß es ihr schlecht gehe, ihre eigene Bank aber verteilt 15 Prozent Dividende. Viele Dividende muß doch dieses Bankinstitut nun in erster Linie an der Zuckerindustrie verdienen haben, denn die Hauptaufgabe dieser Bank ist ja, die Zuckerindustrie mit Krediten zu versorgen. Das sind Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaftsweise.

Im gleichen Bericht wird nun darüber geklagt, daß die Zuckerpreise je Zentner in Verbindung mit der Zollerhöhung um 30 Pf. ermäßigt sind. Es heißt wörtlich:

„Diese Ermäßigung war um so fühlbarer, als Einwirkungen des völlig zusammengebrochenen Weltmarktes und die Unsicherheit in der Beurteilung der Lage im Inland den erzielten Erlös zeitweilig erheblich unterhalb der praktischen Auszahlungsgrenze des Höchstpreises hielten.“

Das ist schwer zu verstehen. Wenn die Zuckerindustrie tatsächlich infolge der besonderen Lage den Höchstpreis nicht ausgenutzt hat, dann kann doch die Herabsetzung des Preises für sie nicht fühlbar gewesen sein, denn man hat ja den Höchstpreis gar nicht erreicht.

Aus der Bilanz ist ersichtlich, daß zunächst für die besondere Rücklage 10 000 Mk. abgeschrieben sind. Nach Abrechnung der Dividende ist für eine weitere Dotierung der besonderen Rücklage eine Abschreibung von 15 000 Mk. erfolgt. Vorstand und Aufsichtsrat erhalten eine Entlohnung und Gratifikation von 15 000 Mk. Zum Vorstand gehören u. a. sieben Bankdirektoren, zehn Direktoren von Zuckerfabriken und einige Großgrundbesitzer und Inhaber von Zuckerfabriken. Die Zusammenlegung des Aufsichtsrates zeigt, daß die Bankwelt hier ziemlich stark vertreten ist. Sie nimmt neben wer weiß wieviel anderen Aufsichtsratsposten auch diese Entscheidung noch mit. Die sonstigen Ausführungen im Geschäftsbericht zeigen, daß die Bank gut fundiert ist. Der gute Geschäftsablauf der Zuckerbank aber wird dieselben Herren, die hier im Aufsichtsrat sitzen, nicht hindern, über schlechte Zeiten in der Zuckerindustrie zu klagen.

E. Senkfeil.

Genossenschaftsbewegung.

Preisabbau!

Durch einen Konsumverein wurde zum Thema „Preisabbau“ der folgende Beitrag geliefert. Danach betrug die Verteuerung wichtiger Nahrungsmittel durch Zölle und Verbrauchssteuern je Kilogramm:

	am 30. Sept. 1929	am 30. Sept. 1930
	Pf.	Pf.
Roggen	8	15
Weizen	6 1/2	18 1/2
Weizenmehl	14 1/2	38 1/2
Roggenmehl	14 1/2	38 1/2
Speiseerbsen	4	15
Frühkartoffeln	4	20
Ahnfleisch	37 1/2	45
Schweinefleisch	3 1/2	45
Falg	2 1/2	20
Kaffee, roh	130	160
Sago	15	45
Tea	2 1/2	350
Zucker	5	32
Mineralwasser	rei	5
Limonade	rei	10

Ferner betrug die Umsatzsteuer (je 100 Mk. Umsatz):

	am 30. Sept. 1929	am 30. Sept. 1930
	Pf.	Pf.
Allgemein	75	85
für Konsumvereine	75	135

Das sind so einige von den Angaben, die bei dem Preisabbaugeschrei auch nicht außer acht gelassen werden dürfen. Zu den allgemeinen Zoll- und Verbrauchssteuern kommen dann noch allerlei andere Abgaben, wie Landesabgaben, städtische Gebühren und dergleichen.

Selbsthilfe im Kampf gegen die hohen Preise.

Die Forderung auf „Preisabbau“, die im besonderen von Regierungseite und auch von der Tagespresse erhoben wird, ist hauptsächlich zu einer Forderung an den letzten Verteiler, den Einzelhandel und die Konsumvereine, „gestaltet“ worden. Die Ermahnungen auf äußerste Kalkulation, ausgehend vom Einkaufspreis für Rohstoffe zuzüglich der wirklichen Selbstkosten, und zugleich auf geringste Gewinnspanne sind durchaus berechtigt. Die große Notlage, in der sich alle auf Lohn und Gehalt angewiesenen Volkskreise bis weit hinein in den sogenannten neuen Mittelstand befinden, darf auf der anderen Seite nicht zur Ansammlung von Reichtümern benutzt werden. Soll eine in den Grenzen der Möglichkeit gehaltene Preisfrenkung eintreten, so muß ein sichtbarer Ruck der Preise nach unten beim Produzenten und beim Großhandel beginnen. Die Verbraucher warten noch auf die unmißverständliche Sprache der Regierungsstellen gegen die Preisbindungen der Kartelle, Syndikate und Monopole, im besonderen der Markenartikel-fabrikanten. Von hier aus, und nicht nur vereinzelt, sondern allgemein, müßte die Preiskurve zuvörderst eine Senkung erfahren. Wo bleibt die Anwendung der Kartellnotverordnung gegen die Preisbindungen und Preisverabredungen? Den maßgebenden behördlichen Stellen scheint der Mut zum Durchgreifen zu fehlen.

Dafür empfehlen die Regierung und die Industriellen den Lohnabbau als Allheilmittel trotz der Tatsache, daß jede Einkommensenkung eine Schwächung des inneren Marktes und der Kaufkraft des Volkes bedeutet. So sehr alle Bestrebungen auf eine Steigerung der Ausfuhr zu begrüßen sind, wird doch der Absatz gewerblicher und industrieller Erzeugnisse in ausschlaggebendem Maße von dem Inlandsmarkt her eine Befundung erfahren müssen. Das deutsche Volk ist aufnahmefähig, wenn es die durch ein ausreichendes Einkommen gestützten Mittel zum Einkauf von Lebens- und Wirtschaftsgütern hat. Dem Preisabbau stehen andere Wege offen, und es bedarf nur allseitig des Willens, diese Wege zu gehen. Die Industrie kann bei einer großen Zahl von Rohstoffen und Fertigfabrikaten die Preise senken, denn die Weltmarktpreise vieler wichtiger Rohstoffe sind im letzten Jahre erheblich, stellenweise weit unter den Stand von 1913 gesunken. Auch dem Großhandel bieten sich Möglichkeiten des Preisabbaus. Die Großhandelsgesellschaft Deutscher Konsumvereine (GCK) geht hierbei beispielgebend voran. Von 71 wichtigen Lebensmitteln wurden von der GCK für je 100 Kilo zusammengefordert: am 1. November 1929 12 336,75 Mk., am 1. November 1930 10 747,80 Mk. Es trat hierbei eine Senkung des Großhandelspreises in Jahresfrist von 1588,95 Mk. oder 12,9 v. H. ein. Die Preisermäßigungen der GCK, die jeweils unter Berücksichtigung der Marktlage erfolgten, hatten den Druck irgendeiner Behörde oder Körperschaft nicht notwendig.

Daß auch der Kleinhandel preisfrenkend folgen kann, zeigen wiederum die vorbildlichen Leistungen der örtlichen Konsumvereine auf dem Gebiete der Preisgestaltung. Aus allen Teilen des Reiches gehen Preisergleichungen der Konsumvereine ein, die den Nachweis führen, daß beispielsweise Mitte bis Ende November 1930 gegen dieselbe Zeit des Jahres 1929 Preisfrenkungen von durchschnittlich 15 bis 20 und mehr Prozent eingetreten sind. Als besondere Leistungen der Konsumgenossenschaften sind dann ja auch noch die den Mitgliedern gewährten Rückvergütungen von durchschnittlich 4 bis 5 v. H. anzusprechen. Die von den Konsumgenossenschaften erzielten Ersparnisse beziffern sich für 1913 auf 38 Millionen, 1927 auf 42 Millionen, 1928 auf 54 Millionen und 1929 auf 63 Millionen Mk.

Die auch von Gewerkschaftskreisen hier und da an die Konsumvereine gerichtete Frage, wie es bei ihnen mit dem Preisabbau stehe, ist damit bereits beantwortet. Die Steigerung der Umsätze und die Unterfützung der genossenschaftlichen Güterherstellung werden weitere Leistungen, auch auf dem Gebiete des Preisabbaus erhoffen lassen. Gerade die Gewerkschafter müßten zu den treuesten Genossenschaftlern zählen, weil zwischen ihnen und den Konsumgenossenschaften nicht nur wirtschaftliche, sondern auch soziale Bindungen vorliegen. Allen Gewerkschaftern sei in Erinnerung gebracht, daß der Breslauer Gewerkschaftskongress in der schon erwähnten Entschlieung erwartet, daß „alle Arbeiter und Arbeiterinnen und deren Hausfrauen sich den Konsumgenossenschaften anschließen und ihren gesamten Warenbedarf in den Verteilungsstellen der Konsumgenossenschaften decken“.

◆◆ Unterhaltung, Wissen und Bildung ◆◆

Heimkehr.

Eine Weihnachtsgeschichte von Linda-Linda.

Christabend!

Nun war's wieder einmal Weihnachten! Echte, rechte Weihnachtstimmung draußen in der Natur. Langsam und leise rieselte in blendender Weiße Flocke auf Flocke auf Flur und Feld hernieder. Wie ein großes, unermessliches Leuchtentuch lag es über Mutter Erde gebreitet, die wieder ihren alljährlichen Schlaf schlief, bis die warmen Frühlingswinde sie wiederum werden auferstehen lassen. Bis zum Vortag des Christfestes war das Wetter überaus milde gewesen. Doch über Nacht legte leichter Frost ein, dem sich gegen Mittag lebhafter Schneefall zugesellte. Und es schneite einen Tag, die ganze Nacht und wieder einen Tag. Die kleinen, winzigen Flocken türmten sich mit der Zeit zu großen, ungeheuren Bergen. Die Christnacht senkte sich hernieder und noch immer rieselte die Flocken unaufhörlich zur Erde nieder.

Christabend! Der diensthabende Beamte auf der kleinen Station blickte sehnsüchtig hinüber nach dem kleinen Dorf am Bergeshang. Aus allen Fenstern leuchteten die flimmernden Kerzen des bunten Tannenbaums, dem Wahrzeichen unserer Weihnachten. Heller Kinderjubiläum schallte auf die stillen Straßen. Ein jeder war wohl bei seinen Lieben. Nur ihn allein noch band die strenge Pflicht. Schier wehmütig blickte er den verschneiten Schienenstrang entlang.

Der letzte Nachtzug war schon über zwei Stunden überfällig. Endlich, endlich glänzten die Lichter in der Ferne auf. Langsam, fauchend kämpfte er sich durch die hochgefürmten Schneemassen. Fuhr endlich in den kleinen Bahnhof ein.

Nur ein einzelner Passagier entstieg ihm. Ein blasser, zögernder Mann; leicht und fadenförmig gekleidet. Langsam, zögernd schritt er dem Ausgang zu.

Dort wartete der Beamte schon ungeduldig auf sein Billeit, zog es ihn doch mit allen Fasern seines Herzens nach seinem traulichen Heim, wo Frau und Kinder seiner warteten. Doch der Fremde schien wenig Eile zu haben. Schon wollten sich dem ungeduldig wartenden Eisenbahner einige höflich mahnende Worte auf die Lippen drängen, als sein Blick auf das leidende Antlitz des Jüngers fiel. Und die Festesfreude, die schon in seinem Herzen Platz gegriffen hatte, ließ tiefes Mitleid in ihm aufwallen. Das schien keiner zu sein, den man mit Fremden erwartete.

„Wohin soll die Reife noch gehen so spät in der Nacht?“ fragte er teilnehmend.

„Burkersdorf“, entgegnete der andere mit verhaltener Stimme.

Da machte der Eisenbahner ein ernstes Gesicht und warf einen gar besorgten Blick auf des Fremden fadenförmige Kleidung.

„Guter Mann — dazu würde ich nicht raten. — Burkersdorf liegt eine gute Stunde abseits von der großen Heerstraße.“

„Ich weiß — ging den Weg schon einmal in meinem Leben.“

Aber sicherlich noch nicht in solch einer Schneenacht. Zudem scheint sich auch noch der Wind aufzumachen, wird Weg und Steg verwehen und die tiefen Hohlwege vollständig zuschütten. All das könnte euch gar leicht zum Verhängnis werden. Bleibt im Dorf und geht den Weg bei Tageslicht!“

Doch der Fremde schüttelte nur mit dem Kopf und ein finsterner, frohger und zugleich weicher Zug legte sich um seinen herb zusammengesunkenen Mund. Leidenschaftlich erregt schwoll seine Stimme an.

„Reden Sie immerhin von Tod und Verderben! Habe ihnen schon oft ins Auge geschaut — fürchte Sie beide nicht. So nahe am Ziel und noch Schiffbruch leiden — nimmermehr! Bis hierher bin ich und muß auch weiter. Daran soll ein armenig Stündlein Weges mich nimmer hindern! Weihnachten will ich feiern! — Feiern wie ehemals!“

„Dann ist's also doch das Vaterhaus, welches erer wartet?“

Da zuckte der spärliche Anhörmeling zusammen und wurde noch um einen Schein bleicher. Dampf preßte es sich zwischen den Zähnen hervor. Heimliche Angst durchzitterte seine Worte.

„Fragt nicht, Herr!“

Und der Beamte fragte nicht mehr; suchte ihn auch nicht mehr zurückzuhalten, sah wohl ein, daß hier ein Geheimnis verborgen lag, in das kein fremdes Auge Einblick haben durfte. Aber soviel erreichte er doch noch, daß ihm der Fremde ins Stationsgebäude folgte und einen angebotenen warmen Schluck zu sich nahm. Schließlich, nach einigem Zögern, nahm er auch einen alten Mantel an.

„Vergelt's Gott! Fröhliche Weihnachten!“

„Fröhliche Weihnachten!“

Dann schieden die Zwei. — Der eine eilte behenden Schrittes hin zum nahen Dorf, zu Weib und Kind. Der andere stapfte müden, zögernden Schrittes hinaus in die verschneite Winterlandschaft.

Wem verschneiten Lärm der kleinen Kirche zu Burkersdorf schlug es halb zwölf. Still und friedlich lag das kleine Dorf, beinahe zugestirnt von den ungeheuren Schneemassen. Still und verlassen die wenigen Straßen. Doch fast noch aus jedem Hause schimmerten die Weihnachtskerzen aus den verschneiten Fenstern. Im Unterdorf schlug ein Hund an.

Der Fremde von der kleinen Station stapfte müde und waff die stürzende Vorfröhe heran. Dort auf der kleinen Brücke über den schwarzen, leise rieselnden Bach, welcher das Unterdorf vom Oberdorf schied, wurden seine Schritte immer zögernder. Und schließlich blieb er ganz stehen.



„Hundert Schritte noch und ich bin am Ziel und — dabei doch die schwersten meines Lebens —“, murmelten seine bleichen Lippen. Ein wohlige und zugleich angstvolles Gefühl stieg in ihm hoch. Erleichtert und doch bekümmert gingen seine Atemzüge. Wie ein heißes Sehnen und ein schmerzliches Zurückzucken zugleich war es. Wie einer, der dicht am Ziel steht, es beinahe mit der Hand greifen kann und doch noch daran zweifelt, es jemals zu erreichen. Ein einziges Wort nur, von einem lieben Mund gesprochen — und alles war gut.

Und tief sank der Mut des einsamen Wanderers. Eine fast unbezwingliche Müdigkeit erfaßte seine müden Glieder. Einem tiefen Hang nach Ruhe, einer beinahe willkommenen Atempause gleich, ehe er die letzten schweren Schritte tat.

Einladend schienen die steinernen Bordsteine der kleinen Brücke ihm zuzunicken. Und er konnte der Versuchung nicht widerstehen und ließ sich langsam darauf nieder, den brennenden Blick gebannt auf das kleine Häuschen, kaum hundert Schritte jenseits der Brücke. Lichtstrahlen schimmerten dort zwischen den undichten Fensterläden hindurch. Dann wanderten seine Augen weiter, hinüber auf die andere Straßenseite, dort hin, wo der tiefverschneite Urseelhof sich am Bachstrande hinzog.

Und der Sinnende sah sich wieder als junger Bursch, eben vom Militär entlassen, der schlecht und recht beim Urseelbauern diente wie sein Vater auch. Mit ihm zugleich auch Otto Gerold, der Schul- und Spielgenosse. Sie waren bislang — aber die besten Freunde gewesen. Da kam die Lena auf den Hof; ein schmuckes, kokettes Ding. Bald verstand sie es, ihn, Erich, Holm, in ihren Bann zu ziehen und schwor ihm tausend Schwüre der Treue. Und er, schlicht und ohne Falch, glaubte felsenfest daran. Doch das Ende kam, kam mit Schrecken. Eines Abends betrat er unverhofft die Jasminlaube dort unten am Bachstrand und fand die Treuloje in Ottos Armen.

Funkelnde Sterne tanzten vor seinen Augen — ein kräftiger Arm — von maßlosem Jörn erhoben — und des verräterischen Freundes junges Leben lag zerschmettert am Boden.

„Mörder!“ so schienen all die Bäume am Bachstrand zu schreien. Jeder Gegenstand und jedes Wesen auf dem Hofe. Er sah nicht mehr, wie die Lena eiligst das Weiße suchte.

„Mörder!“ und der Träumende dort auf der Brücke schrak empor. Klang das schreckliche Wort nicht auch heute wieder durch die stille Winternacht?

Sinnlos vor Angst und Reue, von einem wahnsinnigen Schrecken gepackt, nur mit wenigen Wärmitteln versehen, so verließ Erich Holm damals den Hof, das Dorf, die Heimat.

Acht Tage später war er ein Opfer der Fremdenlegion. Fünf lange Jahre folgten. Ein jammervolles Leben in Algiers heißem Wüstenland.

Doch auch sie vergingen. Er war frei. Das Heimweh fraß am Herzen und er wagte sich doch nicht zurück. Hatte auch nicht geschrieben die langen fünf Jahre und wagte es auch heute nicht. Ein Verdammnisurteil als Antwort zu erhalten, diese Furcht schreckte ihn immer wieder zurück.



Dann kam die liebe Weihnachtszeit immer näher. Und das brennende Heimweh wuchs und wuchs und riß schließlich alle Schranken nieder.

Nur einmal Weihnacht feiern im Vaterhaus — und dann wieder hinaus — um das Kreuzzeichen auf der brennenden Stirn in fremdem Land zu verbergen.

Und des Heimgekehrten umflossenes Auge lag wieder zaghaft hin auf dem kleinen Häuschen am Wegestrande.

Was würde des Vaters, was der Mutter Antwort sein? Leis einschläfernd plätschern die Wellen unter der Brücke. Schwerer und schwerer senkten sich die müden Augenlider des jungen Mannes. Langsam, allmählich sank er vor der Bordsteintreppe herab. Leise, unmerklich webten tanzen Schneeflocken ein dichtes, weißes Leuchtentuch um die regungslose Gestalt des Heimkehrers.

Zwölf dumpfe Schläge vom Turm der kleinen Dorfkirche. Des Wächters Horn erklang im Oberdorf. Und nun schallte der Jubelton der Weihnachtsglocken frohlockend durch die Winternacht. „Stille Nacht, heilige Nacht!“ Frohes Singen fern und nah. Heller Kinderjubiläum allüberall. Doch der stille Schläfer dort auf der Brücke hört von alledem nicht ein Sterbenswörtlein.

Der Wächter kam vom Oberdorf herab, strebte auf das Unterdorf zu und hatte es eiliger als sonst. Doch auf der Brücke kam er beinahe zu Fall. Hoch hob er die Laterne, um zu sehen, was ihn stolpern gemacht. Und wurde so des verschneiten Mannes gewahr. „Mann — sich auf —“ und rüttelte ihn recht unanständig an der Schulter. Doch kein Lebenszeichen wollte sich zeigen. Da bekam es der alte Mann mit der Angst. Er ließ zurück nach dem kleinen Häuschen und klopfte an dem Fensterladen.

„Otto — komm schnell herans! Hier draußen liegt einer im Schnee, der nicht zusammenkriechen darf in der heiligen Christnacht!“ Ein paar Minuten später lag Erich Holm in dem kleinen Häuschen unter brennendem Weihnachtsbaum. Eine Frau im Silberhaar drängte sich herzu und blickte wenige Minuten nur stumm und starr. Dann aber rang sich ein Schrei von den alten Lippen, ein Fremdenstreich, der den Jubel der Glocken da draußen überstimmte.

„Erich — mein Sohn!“

Da hob der Alte fast die Augen und summelte mit bebenden Lippen: „Was hast du da — Otto? — Was hast du da?“

Herzu drängten sich nun auch ein junger Mann, ein junges Weib und zwei blondlockige Kinder.

Mutter — Großmutter — was sagst du da? Doch die alte Mutter sah nichts mehr von ihrer Umwelt. Kein Wort mehr wollte über ihre Lippen. Jeder Nerv an ihr bebte vor Freude. Sie hatte sich lang hingeworfen über des heimgekehrten Sohnes leblose Gestalt. Die alten, bebenden Finger strichen die wirren Haare aus seiner Stirn.

„Mein Sohn — mein Sohn — bist wieder da?“ Nun glitt auch ein allmähliches Erkennen über die Jüge der anderen.

„Mein Sohn!“ murmelte der alte Vater. „Bruder!“ die Schwester, der Schwager. Neugierig fragten die Kinder. Jubelten dann hell auf: „Onkel Erich! — Onkel Erich!“

Alsdann lag Erich Holm in weichen Kissen. Die alte Mutter ließ seine Hand nicht mehr los, in die nun langsam das warme Leben wieder zurückkehrte. Langsam öffneten sich die müden Augen, blickten reichum groß und fragend und blieben an dem brennenden Weihnachtsbaum haften.



„Wo bin ich? Daheim?“

„Ja — mein Sohn, du bist wieder daheim — gehst nie wieder fort“, schluchzte die alte Mutter.

„Nie wieder fort“, murmelte der blasse, junge Mann. „Ich wollte, es wäre wahr. Doch — Vater — Mutter — ich weiß. Ich erschlug den Otto und muß darum unsterblich sein. Nur einmal wieder Weihnachten wollte ich feiern daheim!“ Wilder Aufschrei einer gemarterten Seele, die nach Ruhe und Frieden schreit.

Da drängte sich der andere junge Mann ganz nahe an Erichs Bett heran.

„Erich — in welch unseligem Wahne bist du? Also darum miedest du fünf Jahre lang Heimat und Vaterhaus! Erich, kennst mich nimmer, den Otto Gerold?“

„Otto Gerold — du — du — du?“

Wild, heiserer Schrei rang sich aus Erichs Brust empor. Die Augen weit und starr, voller Zweifel und Hoffen.

„Und ich erschlug dich nicht? Brauche nicht mehr unsterblich zu sein?“ Stammelnde Stimme, gebrochen von jäher Freude und die noch immer bittere Zweifel nicht bannen kann.

„Nein, nein — Erich! Gahst mir nur einen heilsamen Denkfessel. Und sieh — bin froh und glücklich —“. Er umschlang dabei sein junges Weib. Und beide blickten lächelnd auf den Heimgekehrten.

Darob ging ein wohlige Wehnen durch Erich Holms starre Glieder. Und wie Zentnerschwere schien es sich von seiner Seele zu lösen.

Totenstille in der kleinen Stube. — Es war, als schwebten Friedensengel mit leisen Fittichen über dem bleichen, blassen Manne da in den weichen Kissen.

Hände falteten sich. — Dankbare Lippen formten leise Worte: „Frieden auf Erden — und —!“

Humoristische Ecke.

Unerwarteter Erfolg.

Der Kaufbursche kam eilig in das Zimmer des Kaufmanns: „Herr Müller, ich will heute nachmittag zum Fußballwettkampf.“

„Aber Erich“, sagte der Kaufmann, „das ist keine Art, um Erlaubnis zu fragen. Setz dich einmal an den Schreibtisch und denke, du seist der Chef. Dann will ich dir zeigen, wie man um die Erlaubnis bitten muß, weggehen zu dürfen.“

Der Kaufmann verließ das Zimmer, klopfte an die Tür, kam mit dem Hufe in der Hand wieder herein und sagte, sich an den Kaufburschen wendend: „Bitte, Herr Müller, erlauben Sie mir, heute nachmittag zum Fußballwettkampf zu gehen?“

Aber mit dem größten Vergnügen, mein Junge“, antwortete der Bursche, „gehe nur und hier hast du, noch drei Mark für Fahr- geld und Erfrischungen.“

Sie war noch nicht krank.

Heinz: „Der Professor sagte gestern, daß man sich beim Küssen leicht Infektionen zuziehen kann. Glaubst du das?“

Elli: „Ich weiß nicht recht. Ich bin noch nie — —“

Heinz: „Wie, du bist noch nie geküßt worden?“

Elli: „Ach nein, ich bin noch nie krank gewesen.“

Sprachstudien.

Herr Meyer an Herrn Müller: Sehr geehrter Herr!

Da ich gerade im Zoo vor dem Affenhaus stehe, fällt mir ein, daß ich Ihnen noch 100 Mark schulde. Ich übermittle Ihnen dieselben heute mit Postcheck.

Hochachtungsvoll Meyer.

Herr Müller an Herrn Meyer: Sehr geehrter Herr!

Auf Ihr geschäftliches Bestreben teile ich mit, daß auch ich mich mit Studien beschäftige, allerdings nicht mit zoologischen, wie Sie, sondern mit Sprachstudien. Ich überlege gerade, ob man sagt: „Sie können mir gewogen bleiben“ oder besser: „Sie können mich — —“

Hochachtungsvoll Müller.

Herr Meyer an Herrn Müller: Sehr geehrter Herr!

Auf Ihr gestriges Geschäft meine ich, daß die Anwendung „Sie können mich — —“ für Sie bei mir richtiger ist.

Hochachtungsvoll Meyer.